

## EINWOHNERRAT

### Protokoll

der 13. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2008-2012)

---

Sitzungsdatum: 21. Oktober 2009  
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil  
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.25 Uhr

---

Präsenz  
Einwohnerrat: Vorsitz Armin Bieri, Präsident Einwohnerrat  
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident  
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin  
Robert Vogt  
Arnold Julier  
Thomas Pfaff  
entschuldigt:  
Heinz Giger  
Christoph Morat

Gemeindeverwaltung: Sandra Steiner, Gemeindeverwalterin  
Scharaf Helmy, Rechtsdienst

Gäste: ---

Entschuldigt: Susanne Studer  
Peter von Arx  
ab 19.35: Siro Imber

Abwesend: ---

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 38 Anwesende = 26  
19.35 Uhr 37 Anwesende = 25

---

### Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl eines Mitgliedes der Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente für den zurückgetretenen Joel Wartenweiler, SVP-Fraktion (Sitz steht der CVP-Fraktion zu) für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2012) Geschäft 3880
2. Wahl eines Ersatzmitgliedes der Geschäftsprüfungskommission für den zurückgetretenen Joel Wartenweiler, SVP-Fraktion,

	für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2012)	Geschäft 3879
3.	Bericht des Gemeinderates vom 17.06.2009 sowie Bericht der VPK vom 20.09.2009 betreffend Genereller Entwässerungsplan (GEP) Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt	Geschäft 3854/A
4.	Interpellation von Susanne Studer, SVP-Fraktion, vom 25.05.2009 betreffend Tageskartenangebot Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff	Geschäft 3862A
5.	Interpellation von Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, vom 18.06.2009 betreffend Soll die Gemeinde die Polizei leasen? Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff	Geschäft 3870A
6.	Interpellation von Werner Schwarz, SVP-Fraktion, vom 08.09.2009 betreffend Niederlassung von Fahrenden auf der Wegmatten Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff	Geschäft 3877A
7.	Postulat von Werner Schwarz, SVP-Fraktion, vom 03.03.2009 betreffend Montage von Robi-Dogs beim Mühlemattweg bis zur Staumauer Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt	Geschäft 3838
8.	Postulat von Andreas Bammatter und Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion, vom 17.03.2009 betreffend „Trottoir-Absenkung“ Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt	Geschäft 3844
9.	Motion von Josua M. Studer, SVP, vom 25.05.2009 betreffend Entfernung von Schwellen Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff	Geschäft 3860
10.	Motion von Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion, vom 28.05.2009 betreffend Anpassung der Subventionsschlüssel an das Nettoeinkommen Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme Geschäftsvertretung: VP Nicole Nüssli	Geschäft 3864
11.	Postulat von Nedim Ulusoy, Christoph Benz, Gabriela Huschke, Ursula Pozivil, Kathrin Gürtler, Barbara Selinger, Julia Gosteli, Rita Urscheler und Jean-Jacques Winter vom 24.03.2009 betreffend Erwerb des Labels „Energistadt“ durch die Gemeinde Allschwil Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme	Geschäft 3847
12.	Postulat von Nedim Ulusoy, Grüne Allschwil vom 16.06.2009 betreffend Erwerb des Labels „Energistadt“ durch die Gemeinde Allschwil Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme	Geschäft 3869
13.	Postulat von Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, vom 24.03.2009 betreffend Solardächer für Allschwil - Jetzt Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme	Geschäft 3848
14.	Motion von Susanne Studer, vom 13.09.2009 betreffend Schliessung der Wahllokale am Samstag Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff	Geschäft 3882
15.	Motion von Susanne Studer, vom 13.09.2009 betreffend Schliessungszeit der Wahllokale am Sonntag	

---

Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff

Geschäft 3883

**Nach der Pause:**

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

---

**Für das Protokoll:**

Jörg Bertsch / Scharaf Helmy, Rechtsdienst

---

**Einwohnerratsprotokoll Nr. 13 vom 21. Oktober 2009**

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des  
Einwohnerrates Allschwil**

Armin Bieri

---

## **Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten**

**Armin Bieri**, Präsident: Ich möchte die zweite Sitzung des laufenden Geschäftsjahres eröffnen und alle recht herzlich begrüßen. Im Speziellen begrüße ich Herrn Florian Spiegel, der neu hier ist in der SVP-Fraktion, als Ersatz für Herrn Wartenweiler. Herzlich willkommen!

Des Weiteren noch eine Information: Bei der FDP/GLP-Fraktion hat es eine Sitz-Rochade gegeben. Herr Gruber ist von hinten ganz nach vorn gekommen, dorthin, wo Kathrin Gürtler sass.

**[Entschuldigungen/Präsenz:** siehe Protokolleingang]

Wir kommen zu den **Mitteilungen** aus dem Büro und vom Präsidenten:

Ihr habt es alle als schönes gelbes Blatt erhalten: neue E-Mail-Adresse. Ihr seht es hier aufgelegt. Es ist so, dass ab sofort im Prinzip aller Mail-Verkehr des Einwohnerrats mit der Gemeinde über die E-Mail-Adresse [einwohnerrat@allschwil.bl.ch](mailto:einwohnerrat@allschwil.bl.ch) laufen soll. Also Fragen, Informationen, Interpellationen, Motionen, die man an den Gemeinderat schicken möchte, und die bisher teilweise an Scharaf Helmy, teilweise an Frau Steiner gingen, künftig alle an diese Adresse schicken. Das soll die Kommunikation etwas vereinfachen.

Das Zweite, im gleichen Zusammenhang, für die, die es noch nicht wissen: Scharaf Helmy verlässt die Gemeinde auf Ende Monat. Er hat eine neue berufliche Herausforderung gesucht. Er war für uns eine ganz wichtige Person, speziell für uns da vorne im Büro und Präsidium. Er hat uns immer sehr gute Drehbücher geschrieben, was sehr angenehm ist und wir sehr zu schätzen wissen. Ich möchte ihm seine Arbeit herzlich verdanken im Namen des Büros und des Einwohnerrats und ihm ein kleines Präsent übergeben.

**Andreas Bammatter**, SP/EVP-Fraktion: Jetzt habe ich doch noch eine Frage. Auf diesem Blatt steht, man soll Mails an [einwohnerrat@allschwil.bl.ch](mailto:einwohnerrat@allschwil.bl.ch) schicken, und unten heisst es noch „zudem an Sandra Steiner“. Müssen wir's jetzt doppelt schicken oder einfach?

**Scharaf Helmy**, Gemeindeverwaltung: Als Kontaktperson steht ihnen Frau Steiner zur Verfügung; die E-Mails bitte an die vorgenannte Adresse.

**Armin Bieri**, Präsident: Wir kommen weiter zu den **Vorstössen**. Ihr habt es auf dem Tisch, es handelt sich um eine dringliche Interpellation, ein dringliches Verfahrenspostulat und einen dringlichen Beschlussantrag. Wir kommen zuerst zur dringlichen Interpellation von Herrn Studer [betr. Einführung der Buslinie 48 ab Dezember, Geschäft Nr. 3900]. Herr Studer, bitte zur Dringlichkeit.

**Josua Studer**, parteilos: Das Thema ist sehr dringlich, weil ja der Fahrplanwechsel am 14. Dezember stattfindet. Deshalb wäre es interessant, Antworten auf diese Fragen zu bekommen. Wenn mir selbst die BVB keine Antwort geben kann, so hoffe ich, dass das die Gemeinde kann. Wir als Einwohnerrat haben dem Gemeinderat in der letzten Sitzung einen klaren Auftrag gegeben.

**Gemeinderat Robert Vogt**, Vorsteher Departement Tiefbau – Umwelt: Ich möchte vorwegnehmen, dass ich das gerne heute Abend gleich beantworten möchte. Wir möchten das nicht hinauszögern. Ich möchte Sie also sehr darum bitten, die Dringlichkeit anzunehmen, damit wir das wirklich direkt beantworten können und es nicht dann schriftlich wieder zurücknehmen müssen.

**Armin Bieri**, Präsident: Wir stimmen ab über die Dringlichkeit. Es braucht ein 2/3-Mehr.

**://:**

Die Dringlichkeit wird einstimmig bejaht.

Wir kommen zum dringlichen Verfahrenspostulat von Andreas Bammatter [betreffend Änderung Geschäftsreglement Einwohnerrat (Kommissionssitze bei Änderung Fraktionszugehörigkeit)]. Bitte zur Dringlichkeit.

**Andras Bammatter**, SP/EVP-Fraktion: Unsere Fraktion hat sich überlegt, wie wir mit der Situation umgehen sollen, dass wir inzwischen fraktionslose Einwohnerräte und eine Einwohnerrätin haben, die noch in Kommissionen sitzen. Dadurch hat sich der Verteilschlüssel geändert, und bei einer zukünftigen Nachwahl gibt es dann, je nach Proporzstärke, nicht immer einen Schlüssel, der alle zufriedenstellt, da dann mehrere Fraktionen mit gleichem Grund Anspruch auf einen frei werdenden Sitz anmelden können. Zwangsläufig wird bei solchen Wahlen dann immer eine Fraktion untervertreten sein. Der Fall kann auch bei Behörden eintreten. Um diesen Zustand so schnell wie möglich zu beseitigen, finden wir die Dringlichkeit sehr angemessen. Wir müssen das Thema sowieso behandeln, und so wäre es möglich, das Verfahrenspostulat an der heutigen Einwohnerratssitzung zu verabschieden, bzw. zu überweisen. Das Einwohnerratsbüro könnte dann in einem Monat Bericht erstatten, und wir könnten in zwei Monaten das Geschäft erledigen. Wir könnten dann in eventuellen Nachwahlen die Kommissionssitze, die frei werden und durch fraktionslose Einwohnerräte belegt sind, entsprechend ergänzen. Wird auf die Dringlichkeit verzichtet, dann verzögert sich das Verfahren um mehrere Monate, und entsprechend lang haben wir diesen nicht zufriedenstellenden Zustand. Ich möchte noch darauf hinweisen, dass natürlich auch eine andere Situation eintreten kann. Wir haben zwei fraktionslose Einwohnerräte, bzw. Einwohnerrätin; es kann auch sein, dass sich da eine neue Fraktion bildet. Dann fängt das ganze Karussell ebenfalls wieder an. Wir hatten das auch schon auf Bundesebene mit der BDP, die ja dann im Nationalrat Fraktionsstärke erlangte. Somit müssen wir uns so oder so mit diesem Thema auseinandersetzen. Ich bitte also, die Dringlichkeit anzunehmen.

**Armin Bieri**, Präsident: Wir stimmen ab über die Dringlichkeit.

**://:**

Die Dringlichkeit wird mehrheitlich bejaht.

**Armin Bieri**, Präsident: Wir kommen zum dringlichen Beschlussantrag von Herrn Imber [betreffend amtliche Publikationen, Geschäft Nr. 3902]. Bitte zur Dringlichkeit.

**Siro Imber**, FDP-Fraktion: Wie wir alle wissen, hat sich die Situation um das Allschwiler Wochenblatt zugespitzt. Es geht darum sicherzustellen, dass man – sollte das AWB als amtliches Publikationsorgan nicht mehr in Frage kommen, sei es, weil die Gemeinde das nicht mehr will, sei es, weil es das AWB vielleicht gar nicht mehr gibt – zu jeder Zeit eine Alternative hätte, die bürgerfreundlich bleibt. Dazu haben wir den Vorschlag ausgearbeitet, dass man an öffentlichen Orten wie Läden, Restaurants und Poststellen die amtlichen Publikationen auflegt, und das mit einfachen Fotokopien, zumindest einmal für eine Übergangszeit. Der Gemeinderat hätte die volle Kompetenz, entweder weiter solch ein Publikationsorgan wie das AWB zu bestimmen, oder auch auf dem angesprochenen Weg weiterzufahren, wenn das als angemessen erscheint. Dringlichkeit deshalb, weil wir ja aus den Medien wissen, dass es um das Allschwiler Wochenblatt vielleicht nicht so gut stehen könnte.

**[Frage aus dem Plenum über die Rechtsnatur eines „dringlichen Beschlussantrags“, da man dies noch nie gehört habe]**

**Siro Imber**, FDP-Fraktion: Ein Beschlussantrag heisst sonst eigentlich parlamentarische Initiative. Es heisst einfach deshalb Beschlussantrag, weil es ja in den meisten Baselbieter Gemeinden keine Einwohnerräte gibt, sondern Gemeindeversammlungen. Und wenn man dort ein Reglement ändern will, dessen Text man schon kennt, dann heisst das „Beschlussantrag“. Es ist eine etwas unglückliche Formulierung. Es ist ein Vorstoss wie Motion oder Postulat. De facto ist es eigentlich eine Motion, die

---

formuliert ist und die nicht direkt an den Gemeinderat überwiesen wird, sondern direkt an die Kommission.

**Armin Bieri**, Präsident: Scharaf Helmy hat mit gerade noch die ergänzende Information gegeben, dass es als Motion laufen müsste gem. § 38 Abschnitt b: „...einen Bericht zur Ergänzung, Änderung oder zum Erlass eines Reglementes zu erarbeiten“. – Wir stimmen über die Dringlichkeit ab.

**://:**

Die Dringlichkeit wird mehrheitlich verneint.

**Armin Bieri**, Präsident: Des Weiteren haben wir eine neue Interpellation von Julia Gosteli. Möchte die Interpellantin noch etwas dazu sagen? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Traktandenliste. Diesbezüglich kam ein Antrag von Siro Imber. Er möchte seine eigene Motion heute von der Traktandenliste streichen, da er früher gehen muss und wahrscheinlich dann nicht mehr anwesend ist, wenn diese Motion zur Verhandlung kommen würde. Er beantragt daher, dass das Traktandum 10 heute gestrichen werden soll. Ich nehme an, das wird so angenommen. – Gibt es weitere Anträge auf Änderung der Traktandenliste? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zu Traktandum 1.

459 01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 1**

**Wahl eines Mitgliedes der Kommission für Gemeindeordnung und – reglemente für den zurückgetretenen Joel Wartenweiler, SVP-Fraktion (Sitz steht der CVP-Fraktion zu) für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2012), Geschäft 3880**

---

**Armin Bieri**, Präsident: Der Sitz steht neu der CVP-Fraktion zur Verfügung für den Rest der laufenden Amtsperiode, und die CVP-Fraktion schlägt als Mitglied der Gemeindeordnungs- und Reglementskommission Herrn Cedric Roos von der SVP-Fraktion vor. Gibt es weitere Vorschläge? Ist stille Wahl bestritten? Das ist nicht der Fall.

**://:**

Cedric Roos ist in stiller Wahl als Mitglied der Kommission für Gemeindeordnung und -reglemente gewählt.

460 01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 2**

**Wahl eines Ersatzmitgliedes der Geschäftsprüfungskommission für den zurückgetretenen Joel Wartenweiler, SVP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2012), Geschäft 3879**

---

**Armin Bieri**, Präsident: Gibt es Vorschläge? [Aus der SVP-Fraktion wird Florian Spiegel vorgeschlagen.] Gibt es weitere Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Ist stille Wahl bestritten? – Das ist ebenfalls nicht der Fall.

**://:**

Florian Spiegel ist in stiller Wahl als Ersatzmitglied der Geschäftsprüfungskommission gewählt.

461 01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 3**

**Bericht des Gemeinderates vom 17.06.2009 sowie Bericht der VPK vom 20.09.2009 betreffend Genereller Entwässerungsplan (GEP)  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 3854/A**

---

**Armin Bieri**, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? – Das ist nicht der Fall. Dann beraten wir über das Geschäft als Ganzes.

**Jürg Vogt**, Präsident der VPK: Den vorliegenden Bericht zum Generellen Entwässerungsplan haben wir in der Kommission besprochen. Es handelt sich um einen sehr umfassenden Bericht. Er wurde aus sechs Zustandsberichten zu den Themen Versickerung, Gewässer, Kanalisation, Fremdwasser, Einzugsgebiete und Gefahrenbereiche entwickelt. Der Bericht des Gemeinderates ist sehr verständlich abgefasst, so dass auch mit den ausführlichen Erläuterungen von Herrn Linder, der uns in der Kommission betreute, zu allen Fragen schnell gute Antworten gefunden wurden. Eigentlich wurde in der VPK keine grosse Diskussion entfacht. Man hat festgestellt, dass es ein sehr wichtiges Werk für jeden Einwohner von Allschwil ist. Oft ist man sich sicher der Bedeutung eines solchen Entwässerungskonzepts nicht wirklich bewusst. Die VPK empfiehlt Ihnen dementsprechend auch, den Anträgen des Gemeinderates zu folgen.

**Gemeinderat Robert Vogt**, Vorsteher Departement Tiefbau – Umwelt: Ich würde gerne noch ergänzen, dass wir bei diesem Entwässerungskonzept grossen Wert darauf gelegt haben, dass es von einem reinen Kanalisationsprojekt eben auf einen Entwässerungsplan erweitert wurde. Das bedeutet nichts anderes, als dass dem natürlichen Wasserkreislauf ein sehr hohes Gewicht beigemessen wurde. Das hat natürlich Konsequenzen für Bauwillige und Bautätige, und deswegen wurde dieser Plan auch erstellt. Wir haben aber nicht nur im Umweltbereich Schwerpunkte gesetzt, sondern wir haben auch geschaut, dass es insgesamt wirtschaftlich vertretbar ist, damit es, wenn wir es in den nächsten Jahren umsetzen wollen, auch akzeptiert werden kann. Und weil dies in allen drei Bereichen – Umweltschutz, Wirtschaftlichkeit und Akzeptanz – sehr gut gelungen ist, bin ich überzeugt, dass wir da nicht gross werden diskutieren müssen. Ich empfehle Ihnen deshalb, den Entwässerungsplan so anzunehmen.

**Nedim Ulusoy**, Fraktion Grüne: Die Grüne Fraktion begrüsst die umfassenden Abklärungen, die mit der Erstellung dieses GEP getroffen wurden. Wir möchten allen Beteiligten unseren Dank aussprechen. Mit dem GEP kommt Allschwil den gesetzlichen Vorgaben des Gewässerschutzgesetzes und der Gewässerschutzverordnungen nach. Aus ökologischen und ökonomischen Gründen ist es unsinnig, sauberes und schmutziges Abwasser zu mischen und es dann mit grossem Aufwand in der Kläranlage wieder zu reinigen. Wie uns berichtet wurde, ist mehr als ein Drittel des in Allschwil der Kläranlage zugeführten Wassers eigentlich sauberes Wasser und müsste gar nicht so aufwendig behandelt werden. Oder anders ausgedrückt, man könnte die Reinigungskosten um einen Drittel senken, wenn es uns gelingt, sauberes Wasser von der Kanalisation fernzuhalten. Also sind die vorgeschlagenen Massnahmen auch aus finanziellen Überlegungen sinnvoll. In dem Sinne begrüssen wir die vorgeschlagenen Massnahmen für zusätzliche Versickerungen, für Sauberleitungen und für Direkteinleitung von sauberem Abwasser in unsere Fliessgewässer. Ein bisschen schockiert sind wir über den allgemein schlechten Zustand unserer Kanalisation. Handlungsbedarf besteht. Wir sind froh, dass Allschwil die bestehenden Probleme jetzt anpackt. In dem Sinne befürworten wir den vorliegenden GEP.

**Andreas Bitterli**, SP/EVP-Fraktion: Auch die SP/EVP-Fraktion befürwortet diesen Bericht. Ich möchte auch noch ein paar Worte dazu sagen. Was wir vor allem sehr gut finden, ist, dass eine Gesamtbeurteilung aller Entwässerungen stattgefunden hat, und nicht, wie bis anhin, nur eine solche der Kanalisation. Was in diesem Bericht ebenfalls sehr gut zum Ausdruck kommt, ist der hohe Anteil von Fremdwasser, den wir haben – sei es durch undichte Leitungen, sei es durch nicht optimale Trennung von sauberem und Schmutzwasser – und auch die Sache mit der Versickerung: Es ist gut, dass da wirklich Hand angelegt wird. Auch das Optimieren dieser Rückhaltebecken, haben wir in der Kommission

---

herausgehört, ist ein Anliegen. Anscheinend laufen die nicht optimal, und dort könnte man sicher auch noch einiges herausholen. Diese Punkte sind ja eigentlich alle erfasst und jetzt bekannt, und wie es aussieht, ist die Gemeinde auch schon daran. Und die wichtigsten Sanierungen – da geht es vor allem um die Kanalisation – sind schon am Laufen. Unsere Fraktion begrüsst diesen Bericht ebenfalls sehr und ist für die Annahme.

**Mathilde Oppliger**, CVP-Fraktion: Auch die CVP findet, dass der GEP ein sehr guter Plan ist, und dass es eine gute Sache ist, wenn das umgesetzt wird. Und mit der Zustimmung zum generellen Entwässerungsplan passen wir uns ja dem Bundes- und kantonalen Gesetz zum Gewässerschutz an. Ich möchte nicht wiederholen, was alle schon gesagt haben – aber wir finden es gut, dass die Gemeinde ab jetzt dafür sorgt, dass auch bei Neu- und Umbauten das Trennsystem eingeführt wird oder die Versickerung. Damit kann die ARA entlastet werden, indem nicht mehr so viel sauberes Wasser dorthin fliesst. Mit diesen sinnvollen Massnahmen kann man zugleich auch einen positiven Beitrag für die Umwelt leisten. Die CVP unterstützt dies und stimmt dem GEP zu.

**Josua Studer**, parteilos: Ich muss eine Frage stellen: Darf ich überhaupt reden? Es ist nett, dass ich das Wort bekommen habe. Es hiess nämlich, dass sich die Fraktionssprecher zum Eintreten melden sollen. Frage daher: Darf ich als Partei- und Fraktionsloser auch zum Eintreten auf dieses Geschäft reden?

**Armin Bieri**, Präsident: Von mir aus klar ja.

**Josua Studer**, parteilos: Danke vielmals. Denn es passieren ja mittlerweile verschiedene komische Sachen in diesem Parlament. Wir haben jetzt sicher eine Situation, die es noch nie gegeben hat: Cedric Roos ist mittlerweile zweimandig in einer Kommission, für zwei Parteien. Super suspekt!

Okay, wir kommen zum GEP. Ich durfte in der Kommission mitarbeiten und habe das Geschäft als gut erlebt. Wir haben es in der Kommission gut behandelt. Es ist ganz klar, da sind Vorgaben, die wir erfüllen müssen, aus reglementarischen Gründen und aus ideologischen Gründen. Es ist richtig, dass man schaut, dass die Bäche nicht übermässig Wasser abbekommen, aber handkehrum auch die Versickerung nicht übermässig beansprucht wird, etc. pp. Das Ganze ist schlank durchgegangen in der Kommission. Es war ein angenehmes Arbeiten. Ich habe dem nichts hinzuzufügen und bin für Eintreten.

**Siro Imber**, FDP/GLP-Fraktion: Auch die FDP/GLP-Fraktion kann sich den bisherigen Ausführungen anschliessen. Wir begrüssen es sehr, dass man hier eine transparente und bürgerfreundliche Vorlage präsentiert, die dann auch die Rechtssicherheit für den Einzelnen erhöht. Der Aspekt des Umweltschutzes ist hier besonders zu vermerken, und wir haben hier auch gross Glück in Allschwil, dass wir so viel Wasser versickern lassen können. Die FDP/GLP-Fraktion stimmt dem Bericht einstimmig zu.

**Armin Bieri**, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Vorlage und gehen sie abschnittsweise durch. Der 2. Vizepräsident ruft die Abschnitte auf, dazu kann man sich melden. Anschliessend kommen wir zu den Anträgen des Gemeinderates.

#### 1. Aufgaben und Inhalt des GEP

Keine Wortmeldung

#### 2. Begriffe und Entwässerungssystem

Keine Wortmeldung

#### 3. Ausgangslage

Keine Wortmeldung

#### 4. Das Entwässerungskonzept

Keine Wortmeldung

#### 5. Mitwirkungsverfahren

Keine Wortmeldung

**Armin Bieri**, Präsident: Wir kommen zu den Anträgen. Wir stimmen einzeln darüber ab.

1. Der Generelle Entwässerungsplan (GEP), bestehend aus den 6 Zustandberichten und dem daraus entwickelten Entwässerungskonzept mit den jeweils zugehörigen Planunterlagen, wird erlassen.

**://:**  
Einstimmig ja

2. Der GEP wird dem Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft zur Genehmigung unterbreitet.

**://:**  
Einstimmig ja

**Armin Bieri**, Präsident: Wir kommen noch zur Schlussabstimmung des Geschäfts.

**://:**  
Einstimmig ja

462 01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 4**  
**Interpellation von Susanne Studer, SVP-Fraktion, vom 25.05.2009 betreffend**  
**Tageskartenangebot**  
**Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff, Geschäft 3862A**

---

**Josua Studer**, parteilos: Meine Frau lässt sich entschuldigen, da sie nach ihrer Operation noch sehr starke Schmerzen hat und bettlägerig ist. Ich bin von ihr beauftragt, die Interpellation hier zu vertreten. Ich gebe mein Bestes. Ich möchte zuerst dem Gemeinderat recht herzlich danken für die sehr ausführliche, gute Beantwortung dieser Interpellation. Es ist auch sehr erfreulich, dass der Gemeinderat die Anzahl Tageskarten erhöht hat. Wenn Sie auf der Website nachschauen, sehen Sie, dass sie jeweils lange voraus ausgebucht sind. Es wird sich also bald abzeichnen, dass noch mehr Karten ins Angebot kommen. Von meiner Frau wurde in der Interpellation die entscheidende Frage gestellt, wer diese Karten in erster Linie bezieht. Denn man konnte ja davon ausgehen, dass sie in erster Linie viele von auswärts kommen, um diese Karten zu kaufen, weil sie die Einwohner aus Allschwil nicht beziehen. Erfreulicherweise sind die Bezüger grossmehrheitlich bis fast vollständig aus der Bevölkerung von Allschwil, und das ist ja Sinn und Zweck dieser Tageskarten. Man sieht, das ist wirklich ein sehr gutes Angebot, das wirklich auch genutzt wird. Am Anfang hatte der Gemeinderat ja Bedenken und wollte den Vorstoss der CVP auf Einführung dieser Tageskarten gar nicht entgegennehmen, weil er vermutete, es könne ein finanzielles Debakel geben. Mittlerweile hat er wahrscheinlich Dollar-Zeichen in den Augen, weil es ja wirklich lukrativ ist auch für die Gemeinde. Es geht aber nicht in erster Linie um die Lukrativität für die Gemeinde, sondern für die Bevölkerung, und deshalb sind wir froh, wenn das Angebot weiter besteht und wenn möglich ausgebaut wird. Ich hoffe, dass es weiterhin auch so genutzt wird.

**Gemeinderat Thomas Pfaff**, Vorsteher Departement Einwohnerdienste – Sicherheit: Jawohl, es ist richtig, die Gemeindetageskarte ist eine Erfolgsgeschichte. Wir haben praktisch immer eine hundertprozentige Auslastung – im ersten Halbjahr mit zwei Karten und jetzt seit dem Sommer mit fünf Karten. Ich habe da gerade noch ein Bild, wie die Auslastung momentan aussieht. Sie sehen, im Oktober sind Sie zu spät, wenn Sie noch einen Herbstausflug machen wollen; wir haben keine Karten mehr. In der ersten vollen Novemberwoche hat es noch Karten: am 4., 5. und 8. ist noch je eine Karte verfügbar. Und

---

wenn Sie mehr als eine Karte brauchen, müssen Sie schon einen Termin ab dem 9. November suchen. Das zur Situation von heute. Wir haben nach wie vor eine sehr gute Auslastung. Dollar-Zeichen in den Augen haben wir nicht gerade; aber es ist richtig, auch bei Vollkostenbetrachtung kommen wir knapp heraus, und von daher können wir diesen Service ohne finanzielle Aufwendungen anbieten und bieten ihn sehr gerne an. Ich darf noch eine Ergänzung machen zur schriftlichen Antwort, und zwar zur Frage 3: Wie viele Tageskarten werden Gemeinde-intern verwendet? Sie lesen dort „keine“. Dazu muss ich sagen: Wir führen darüber keine Statistik. Aber selbstverständlich ist es so: Wenn ein Mitarbeiter einen auswärtigen Termin hat, zu dem die Anreise per Bahn sinnvoll ist und die Reisekosten höher als 35 Franken sind, dann versuchen wir natürlich, eine Tageskarte zu nehmen, wenn noch eine verfügbar ist. Inzwischen ist mir auch ein Beispiel bekannt, wo das so genutzt wurde. Also selbstverständlich schauen wir auch intern, die Kosten auf diese Weise optimieren zu können. Aber es ist nur selten der Fall, dass solche Bahnreisen anstehen mit einer Distanz, bei der die Fahrt teurer als 35 Franken wäre. Soweit meine Ergänzung zur schriftlichen Antwort. Weiter muss ich ja nicht darauf eingehen.

**Josua Studer**, parteilos: Da es ja, im Gegensatz zum Landrat, im Einwohnerrat neu so ist, dass nur der Interpellant oder sein Stellvertreter, und niemand sonst, Diskussion verlangen darf, beantrage ich das hiermit, damit eventuell noch jemand die Möglichkeit hat, etwas dazu zu sagen.

**Mathilde Oppliger**, CVP-Fraktion: Ich bin natürlich sehr erfreut, dass die Tageskarte so grossen Anklang findet. Es war ja eigentlich mein Postulat und das von Herrn Keller. Ich möchte dem Gemeinderat empfehlen, dass man eventuell auf zehn Karten aufstockt, damit vielleicht noch der eine oder andere mehr das Auto daheim lässt und den Zug benutzt, um Ausflüge zu machen oder Verwandte zu besuchen, oder was auch immer. Ich danke Herrn Pfaff und Herrn Schäfer, die das behandeln und unter sich haben, für ihre Arbeit.

**Gemeinderat Thomas Pfaff**, Vorsteher Departement Einwohnerdienste – Sicherheit: Ich darf vielleicht eine Ergänzung dazu machen. Die Erfahrung aus anderen Gemeinden ist, dass der Winter, und besonders der Januar, die Zeit mit der schwächsten Auslastung ist. Von daher werden wir sicher zuerst einmal den Januar abwarten, wie das mit fünf Karten geht, und anschliessend im Gemeinderat darüber nachdenken, ob wir erhöhen wollen. Aber selbstverständlich sind wir für eine Erhöhung offen. So lange die Auslastung bei 100% ist, sind wir selbstverständlich bereit, noch mehr aufzustocken, damit noch weitere Einwohnerinnen und Einwohner davon profitieren können.

463 01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 5**

**Interpellation von Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, vom 18.06.2009 betreffend Soll die Gemeinde die Polizei leasen?**

**Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff, Geschäft 3870A**

---

**Mathilde Oppliger**, CVP-Fraktion: Ich danke der Verwaltung, und ganz besonders Herrn Schäfer, für die hervorragende schriftliche Beantwortung meiner Interpellation. Ich möchte Diskussion beantragen, vielleicht habt ihr anderen auch noch eine Meinung dazu.

**Gemeinderat Thomas Pfaff**, Vorsteher Departement Einwohnerdienste – Sicherheit: Wir haben ausführlich schriftlich zu den Fragen Stellung genommen. Ich gehe nur noch auf etwas ein, wovon ich denke, dass es eine punktuelle Ergänzung braucht. Sie haben – bei Frage 1 – gesehen, die Gemeindepolizei erbringt sehr viele Leistungen, und insbesondere haben Sie ja im Anhang die Liste, wo auch aufgeführt ist, welche Leistungen im Falle eines Leasing-Konzepts bei der Gemeinde bleiben würden, und welche man allenfalls abtreten könnte. Sie sehen, es sind doch einige Leistungen, die wir nicht abtreten könnten, und das ist einer der Gründe, weshalb das Leasing-Konzept nicht besonders interessant ist. Zur Frage 4 möchte ich noch ergänzen: Inzwischen ist der Entscheid gefällt. Reinach ist unser Stützpunkt, und erfreulicherweise ist aber Allschwil ein so genannter Hauptposten. Das besagt, der

---

Allschwiler Posten der Kantonspolizei ist von Montag bis Freitag am Vormittag und am Nachmittag offen und somit zugänglich. Dann möchte ich zu Frage 6 noch Folgendes ergänzen: Das Thema Leasing selber steht bei uns momentan nicht auf der Traktandenliste. Aber selbstverständlich sind wir daran interessiert, die weitere Entwicklung Gemeindepolizei/Kantonspolizei aktiv anzugehen. Aus diesem Grund ist zum Beispiel auch Gemeindepräsident Anton Lauber in einer Arbeitsgruppe, die sich damit befasst, wie das zukünftig im Kanton geregelt sein soll. Soweit meine Ergänzungen zur schriftlichen Antwort.

**Siro Imber**, FDP/GLP-Fraktion: Wir haben die Interpellation in der Fraktion diskutiert. Wann braucht der durchschnittliche Einwohner von Allschwil die Polizei, und was erwartet er von ihr? Wenn etwas passiert, d.h. eine konkrete Gefährdung besteht oder eine Verletzung eines Rechtsgutes, dann will der normale Bürger, dass die Polizei möglichst schnell vor Ort ist. Was er weniger braucht, und was aus unserer Sicht auch unter dem Aspekt der Verhältnismässigkeit etwas fragwürdig ist, das ist, wenn die Polizei abstrakte Gefährdungsdelikte ahndet und dafür die anderen Aufgaben – wie konkrete Verletzungen und Gefährdungen – vernachlässigt. Was sind das für Delikte, die eine abstrakte Gefährdung darstellen? Das ist alles, wo nichts passiert ist, sondern nur etwas passieren könnte. Die Ahndung dieser Delikte geschieht eigentlich nur zur blossen Umsetzung des Rechts. Wenn man das ins Verhältnis setzt zu konkreten Gefährdungen und Verletzungen, dann gehen die auf jeden Fall vor. Wir alle kennen in Allschwil genug Beispiele, wo abstrakte Gefährdungen geahndet und konkrete Gefährdungen oder Verletzungen vernachlässigt werden, wie zum Beispiel der Überfall, den wir erlebten, wo es angeblich, wie ich gehört habe, 30 Minuten ging, bis eine Patrouille vor Ort war an einem Samstagabend – und wo ein Mitglied des Einwohnerrates, wie ich gerade eben auch noch erfahren habe, tatkräftig mithalf.

Was bedeutet jetzt das, was ich ausführte, für das Verhältnis Polizei Basel-Landschaft und Gemeindepolizei? Auch wir sind uns da noch nicht ganz sicher, welches Modell besser ist. Nur: Es muss im Vordergrund stehen, dass, wenn etwas passiert, die Polizei möglichst schnell einsatzbereit ist. Und wenn etwas passiert, das kennen wir ja alle, ist es meistens an den Wochenenden und abends. Wir tendieren zu der Meinung, dass eine zusätzliche Patrouille der Polizei Basel-Landschaft, die man vielleicht zusammen mit den anderen Gemeinden im unteren Kantonsteil ermöglichen könnte, die Bedürfnisse des durchschnittlichen Allschwiler Einwohners doch besser befriedigen würde.

**Josua Studer**, parteilos: Leasing ist immer so eine Sache. Den Privaten empfiehlt man es nicht, und den Unternehmen nur dann, wenn sie den Artikel, den sie leasen wollen, ständig erneuern wollen. Aber ich bin doch der Meinung, dass wir wissen sollten, wer unsere Gemeindepolizisten sind, und nicht mal diesen, mal jenen haben sollten. Schon allein deshalb sollten wir Abstand nehmen von Leasing. Weiters sind wir ja bisher gut gefahren mit der jetzigen GePo. Sie haben ihr Büro, sie haben ihre Einrichtungen, sie kennen die Gegebenheiten von Allschwil. Klar, man kann immer wieder einmal etwas Neues ausprobieren. Man soll da nicht die Augen verschliessen. Aber das, was jetzt wirklich gut funktioniert hat und jetzt so läuft, das sollen wir bitte so lassen. Insbesondere wenn wir sehen, dass andere Gemeinden auch sehr grosse Bedenken haben, müssen wir keine Vorreiterrolle übernehmen. Die Gemeindepolizei kennt die Gegebenheiten. Die Kantonspolizei kennt ihre Gegebenheiten auf dem Kantonsgebiet. Deshalb bin ich der Meinung. Die Gemeindepolizei muss noch viel mehr Aufgaben in Allschwil übernehmen dürfen, die wir nicht beim Kanton einkaufen müssen. Dazu gehört eben auch das leidige Abhören des Funks. Das gehört einfach dazu. Information ist heute etwas so Wichtiges – dass man dem entgegenarbeiten kann, kann ich nicht nachvollziehen, das ist einfach Gartenzaundenken. Sie haben Schusswaffen. Sie sind ausgebildet als richtige Polizisten. Das ist nicht mehr wie die Gemeindepolizisten früher. Sie haben eine effektive Polizeiausbildung, und deshalb sollten sie auch alle Aufgaben übernehmen dürfen. Sie sind beim Kanton ausgebildet worden – und dürfen den Polizeifunk des Kantons nicht abhören, weil sie den angeblich nicht verstehen? Also da muss ich langsam an der Ausbildung zweifeln. Von dem her setze ich mich ganz klar dafür ein: Unsere Gemeindepolizei muss mit der Kantonspolizei gleichgestellt sein, und sie muss klare Aufgaben in der Gemeinde haben und nicht am Joggeli den Kopf hinhalten müssen für die Hooligans.

**Mathilde Oppliger**, CVP-Fraktion: Eine eigene Gemeindepolizei ist für Allschwil sehr wichtig. Die CVP hat sich schon immer für eine gut dotierte Gemeindepolizei eingesetzt. Durch eine Motion von Arnold Julier wurde damals die Zahl der Gemeindepolizisten aufgestockt. Mit der gemeindeeigenen Polizei kann man der Bevölkerung ein objektives Gefühl vermitteln. Es zeigt, dass man sich in Allschwil um sie kümmert und ihre sicherheitsbedingten Anliegen ernst nimmt. Der Kanton möchte jetzt aber die Gemeindepolizei übernehmen, und die Gemeinde müsste sie dann umgekehrt vom Kanton leasen. Warum sollte unsere Gemeinde auf diesen Deal eingehen? Warm least nicht der Kanton bei Bedarf

---

Gemeindepolizisten bei den Gemeinden? Denn offensichtlich braucht der Kanton mehr Personal. Leider ist die Zusammenarbeit zwischen Gemeinde- und Kantonspolizei nicht optimal. Wie Josua Studer schon sagte: Der Funkverkehr zum Beispiel darf von den Gemeindepolizisten – angeblich aus Datenschutzgründen – nicht mitgehört werden. Bei dieser Situation könnte es zu problematischen Zwischenfällen kommen, da beide Polizeicorps die gleiche Uniform tragen. Zum Beispiel bei einem Überfall: Ein Verbrecher kann ja nicht unterscheiden, was für einen Polizisten er vor sich hat, und könnte daher falsch reagieren, und umgekehrt weiss der Gemeindepolizist dann auch nicht, dass etwas passiert ist. Bei dieser Taktik könnte man auf den Gedanken kommen, dass der Kanton die Gemeindepolizisten bewusst zurückbindet. Dieses Thema sollte bald einmal von der Gemeinde mit dem Kanton geregelt werden. Ich möchte dem Gemeinderat dringend empfehlen, an der gemeindeeigenen Polizei festzuhalten und keine experimentellen Versuche zu unternehmen.

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Ich bin derjenige, der damals involviert war in den Raubüberfall. Ich habe nichts getan, was ist nicht durfte. Ich habe mich einfach schnell nach draussen begeben. Es ist ein verdammt unangenehmes Gefühl, wenn du eine Flinte am Kopf hast, obwohl du eigentlich nur jemandem die Tür aufmachen wolltest. Ich finde, das ist nicht der Hit. Und dann muss man hören, dass die von hinten aus dem Kanton kommen und nicht einmal wissen, wo der Baselmattweg ist: „Sie, wir sind etwa dreimal hinauf- und viermal hinuntergefahren und haben den *Chaib* nicht gefunden.“ Aus dem Grund ist es dann eben eine halbe Stunde geworden. Ich mach den beiden natürlich keinen Vorwurf. Die können ja nichts dafür wenn sie sich in Allschwil nicht auskennen. Aber dann soll eben der Kanton mal schauen, dass er die Leute dort einsetzt, wo sie daheim sind. Und nicht irgendwo von hinten her. Von diesem Erlebnis von vor anderthalb Wochen her muss ich eben sagen: Ich bin froh, dass wir noch eine Gemeindepolizei haben. Auf die kann man wahrscheinlich noch eher vertrauen als denen „von hinten her“, wenn man sie mal braucht. Und die Baustelle, die der Kanton hat seit der Umstrukturierung – ich habe deswegen x Telefongespräche geführt, ich hatte x E-Mails, ich hatte sonst noch x Gespräche – das ist eine Riesenbaustelle! Die haben es selber nicht im Griff. Mit Ausnahme von denen ganz oben, die denken, es sei alles in Ordnung. Aber wenn man sich unten umhört, heisst es: Nein, in Ordnung ist nichts. Es ist absehbar, und wir können damit rechnen, dass wir auch nächstes Mal eine Stunde oder noch länger warten, bis sie kommen. Und das ist schon ziemlich bedenklich.

**Julia Gosteli**, Fraktion Grüne: Ich denke bei diesem Thema auch an unsere Jugend, die Schüler, die Schülerinnen, die Kindergärtner, Kindergärtnerinnen. Die haben bereits Verkehrsschulung. Sie haben den Polizisten im Dorf, die Polizistin im Dorf schon einmal kennen gelernt, sie kennen das Gesicht. Später in der Jugend gibt es vielleicht einmal einen Moment im Gemeindepärkli, oder ich weiss nicht wo, und es gibt mal ein bisschen Ärger. Und wenn dann nämlich der Dorfpolizist oder die Dorfpolizistin vorbeischaud und mit ihnen diskutiert, ist es doch immerhin ein bekanntes Gesicht. Und, was uns wichtig ist, es geht dann vieles doch eher auf bilateralem Weg ab. Wir sind also für eine Polizei im Dorf.

**Kathrin Gürtler**, 1. Vize-Präsidentin: Die Rednerliste ist erschöpft.

**Armin Bieri**, Präsident: Ich frage die Interpellantin, ob die mit der Antwort des Gemeinderats zufrieden ist.

**Mathilde Oppliger**, CVP-Fraktion: Ich bin zufrieden. Ich danke nochmals den Verfassern. Halten wir an der Gemeindepolizei fest!

464 01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 6**

**Interpellation von Werner Schwarz, SVP-Fraktion, vom 08.09.2009 betreffend Niederlassung von Fahrenden auf der Wegmatten**

**Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff, Geschäft 3877A**

---

**Werner Schwarz**, SVP-Fraktion: Ich danke dem Gemeinderat recht herzlich für die Beantwortung dieser Interpellation. Sie ist sehr ausführlich und sehr lehrreich. Ich bin sehr positiv überrascht. Ich kann mich eigentlich mit allem sehr zufriedengeben. Aber an einer Stelle muss ich doch ein Fragezeichen setzen: Wenn jetzt wirklich einmal die Fahrenden kämen – wie würde dann die Gemeindepolizei die wegweisen? Das kann ich mir einfach noch nicht so richtig vorstellen. Ich glaube, wenn sie einmal da sind, dann bekommt man sie nicht einfach so schnell weg. Aber wie gesagt, lassen wir es einmal offen. Damit sich noch andere Kolleginnen und Kollegen vielleicht dazu äussern können, beantrage ich auch eine Diskussion.

**Gemeinderat Thomas Pfaff**, Vorsteher Departement Einwohnerdienste – Sicherheit: Die einzelnen Fragen sind, glaube ich, ausführlich beantwortet; darauf muss ich nicht mehr eingehen. Ich gehe darum nur noch auf die Frage von Herrn Schwarz ein. Herr Schwarz, nehmen Sie einmal ein Zelt, stellen Sie es auf den Wegmatten auf, und Sie werden unsere Gemeindepolizisten kennen lernen und werden es merken. Ich kann Ihnen versichern, wir werden auf den Wegmatten keine Fahrenden dulden. Und ob es jetzt einer ist, oder ob es 20 sind – entsprechend ist einfach das Aufgebot grösser. Dafür haben wir dann ja eben Rückendeckung durch die Kantonspolizei, die uns helfen kann.

**Werner Schwarz**, SVP-Fraktion: Es gibt so einen Spruch: Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.

465 01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 7**

**Postulat von Werner Schwarz, SVP-Fraktion, vom 03.03.2009 betreffend Montage von Robi-Dogs beim Mühlemattweg bis zur Staumauer**

**Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme**

**Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 3838**

---

**Werner Schwarz**, SVP-Fraktion: Ich möchte gern zuerst die Antwort des Gemeinderats hören, und werde mich dann melden.

**Gemeinderat Robert Vogt**, Vorsteher Departement Tiefbau – Umwelt: Es ist ja so, dass wir im Mühletal heute bereits vier Robi-Dog-Stationen haben. Und zwar ist das gerade bei der Einmündung des Mühlemattwegs beim Strengigartenweg. Dann haben wir einen weiteren Robi-Dog-Standort beim Schützenhaus. Dann einen weiteren beim Mühleackerweg, also etwas abseits des Mühlemattwegs; und dann noch einen zuhinterst bei der Blindenführhundeschule. Allein schon aufgrund des Umstands, dass wir vier Robi-Dog-Standorte im Mühletal haben, müsste eigentlich klar sein, dass dieses Postulat nicht Hand und Fuss hat. Es ist so, dass diese Robi-Dogs schon vor der Einreichung des Postulats dort standen. Und in der Zwischenzeit wurde an dieser Strecke sogar noch ein normaler Kehrichtkübel aufgestellt. Deswegen möchte ich Ihnen natürlich beliebt machen, das Postulat nicht zu überweisen, weil die Situation mit diesen vier Robi-Dog-Stationen – die auf dieser Karte mit vier roten Punkten eingezeichnet sind – ausreichend ist und deswegen auch keine Abklärungen erforderlich sind.

**Werner Schwarz**, SVP-Fraktion: Ich bin jetzt total vor den Kopf gestossen. Denn ich gehe so oft diesen Weg; ich bin auch schon einmal mit einem Hündeler zusammen den ganzen Mühletalweg bis zum Staudamm gegangen – ich habe keinen Robi-Dog gesehen. Ich weiss nicht, so die stehen. Ich weiss, dass beim Spielplatz ein normaler Abfallkübel ist, aber einen Robi-Dog habe ich nicht gesehen. Der Hund des Kollegen hat nämlich sein Geschäft gemacht, und mein Kollege hat dann das Säckchen bis zum Staudamm und wieder zurück getragen. Wenn wir Robi-Dogs gesehen hätten hätte er es doch normal dort entsorgt. Also ich bin jetzt vor den Kopf gestossen. Vielleicht sind die einfach nicht gut ersichtlich angebracht. Ich bin ein paar Mal diesen Weg gegangen und habe die nie gesehen.

---

**Jürg Vogt**, FDP/GLP-Fraktion: Das Problem der Robi-Dogs sehe ich im Mühletal nicht so prekär. Ich meine sogar – oder bin sogar sicher – dass es noch einen mehr hat, als dort eingezeichnet sind, und ich möchte fast behaupten, dass der installiert wurde, nachdem das Postulat eingereicht wurde. Das ist ja auch richtig so. Ich möchte sowieso dem Gemeinderat beliebt machen: Einen mehr aufzustellen ist sicher besser als zwei zu wenig. Wenn kein Bedürfnis vorhanden ist und er nicht benutzt wird, ist er ja schnell wieder umgebaut. Ich habe auch schon mal einen angeregt, und der wurde dann auch installiert. Wenn er dort am falschen Platz wäre, dann wäre er schon wieder weg.

**Josua Studer**, parteilos: Es ist immer besser, einen mehr als einen zu wenig zu haben. Wir wissen, wie viele Hündeler die Säckchen einfach wegwerfen, und wenn dann das Bord gemäht wird, ist einfach alles verschneuzelt. Es gäbe auch diese Variante: Anstelle von mehr Robi-Dogs mehr Abfallkübel aufzustellen und die Bevölkerung darauf hinzuweisen, dass sie die verwenden dürfen, um die Hundekot-Säckchen hineinzuworfen. In Basel-Stadt wird die Bevölkerung offiziell aufgefordert, die Säckchen in die normalen Kübel zu werfen. Wenn man das auch bei uns in Allschwil kommunizieren würde, dann würde das sicher eher gemacht werden. Die Hündeler sind nämlich so „dressiert“, dass sie die Säckchen nur in die grünen Kübel werfen; und wenn es keinen hat, dann passiert das, was Werner Schwarz sagte: Man trägt es bis zum Staudamm und wieder zurück. Und gerade der Staudamm ist ja jetzt eine beliebte Destination, um mit den Hunden hinzugehen, und dann irgendwie oben herum. Und diese Routen sollten einfach ausgestattet werden mit Kübeln. Die zu leeren ist dann eine Kleinigkeit; denn der Gemeindearbeiter mit seinem Töffli und dem Anhänger fährt in ganz Allschwil herum, und der macht das gerne.

**Werner Schwarz**, SVP-Fraktion: Also beim nächsten Lauf werde ich noch genauer hinschauen, und vielleicht entdecke ich ja dann diese Robi-Dogs. Ich ziehe hiermit das Postulat zurück.

466 01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 8**

**Postulat von Andreas Bammatter und Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion, vom 17.03.2009 betreffend „Trottoir-Absenkung“**

**Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme**

**Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 3844**

---

**Andreas Bammatter**, SP/EVP-Fraktion: Herr Winter und ich wurden mehrmals angesprochen – und wir haben es dann ja auch bildlich dargestellt – dass wir verschiedene Trottoirabsenkungen haben. Die einen sind günstig, die anderen sind ungünstig, und vor allem für Personen mit einer Behinderung sind die weissen, die alten ungünstig. Ich wohne ja selber am Baselmattweg und sehe dann immer Leute, die mit betagten Menschen spazieren gehen und sich dann entsprechend ungeschickt verhalten, indem sie dann nicht mehr hinauf und hinunter gehen, sondern auf der Strasse bleiben. Sie haben mich gebeten, ich solle das doch einmal einbringen. Ich bin sehr erfreut, dass der Gemeinderat das annehmen möchte, und wir hoffen, dass es da nach und nach eine Besserung gibt.

**Gemeinderat Robert Vogt**, Vorsteher Departement Tiefbau – Umwelt: Ich würde gerne noch dazu ergänzen, dass der Gemeinderat gesehen hat, dass das ein Problem ist. Wir haben bis heute viel zu wenige Trottoirs, die abgesenkt sind, vor allem an besonders wichtigen Achsen, etwa wo man vom Tram her kommt, oder wo man zum Friedhof geht oder ins Gemeindezentrum. Deswegen habe ich nach Rücksprache mit dem Gemeinderat schon mal einen Budgetposten von Fr. 20'000 ins Jahr 2010 aufgenommen, damit wir bereits eine erste Etappe verwirklichen können. Und falls Sie das Postulat überweisen – wozu ich sie gerne ermuntern möchte – würden wir die Zeit nutzen und Ihnen über das zeitliche Vorgehen, den Kostenrahmen und auch die Orte, an denen wir die Absenkungen vornehmen wollen, berichten.

**Armin Bieri**, Präsident: Wenn kein Gegenvorschlag vorliegt, wird das Postulat überwiesen.

**://:**

Das Postulat wird überwiesen

467 01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 9**

**Motion von Josua M. Studer, SVP, vom 25.05.2009 betreffend**

**Entfernung von Schwellen**

**Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme**

**Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff, Geschäft 3860**

---

**Josua Studer**, parteilos: Diese Motion habe ich eingereicht, nachdem Tempo 30 an der Urne grossartig abgelehnt worden war. Ihr wisst alle, wieso dieses Tempo 30 derart bachab ging: Es passt den Leuten nicht, dass sie beim Fahren behindert werden. Wir haben in Allschwil Schwellen, die sinnlos sind. Ich rede nicht von den Schwellen, die um die Schulhäuser herum sind – damit wir uns da einfach richtig verstehen. Das habe ich auch in der Tempo-30-Debatte immer ganz klar kommuniziert, dass das keine Diskussion ist um die Schulhäuser herum. Die Frage ist einfach, wie gross der Radius um die Schulhäuser sein soll. In der Vorlage hat es aber auch ganz klar geheissen, die bestehenden Pacer-Schwellen würden ersetzt durch Schwellen, die keine solchen Lärmemissionen mehr verursachen. Es ist nämlich so: Eine Schwelle ist zuerst einmal ökologisch ein Blödsinn, weil man abbremst und wieder beschleunigen muss. Und es ist einfach lärmässig ein Blödsinn, denn die Anwohnerschaft leidet zuerst einmal vom Abbremsen und Anfahren – das hört man – und weiterhin klappert und scheppert es, wenn jemand über die Schwelle fährt, und sei es nur mit einem Velo, das etwas im Körbchen hat. Das sind einfach Sachen, die nicht gut sind. Es gibt Varianten von Schwellen, die wirklich den Autoverkehr abbremsen, aber nicht so, dass man fast zum Stillstand abbremsen muss, um darüberzufahren. Das sind dann auch Schwellen, die der Velofahrer besser überfahren kann. Im Baselmattweg hat es so eine *Figgi-Mühli*-Lösung, wo es einfach am Rand nicht so stark aufgeplastert ist, aber es ist immer noch zu stark, wenn man mit dem Velo drüber fährt. Die Velo-Räder nehmen nämlich auch Schaden an diesen Schwellen. Die Schwellen um die Schulhäuser herum sind so angelegt, dass sie nicht die ganze Strassenbreite einnehmen. Deshalb kann ein Velo aussen herum fahren und muss die Schwelle nicht überfahren. Ich möchte Folgendes beliebt machen: Ich passe die Motion an und sage „Auswechseln von Schwellen“ statt „Entfernen von Schwellen“. Ihr versteht das sicher richtig: Diese Aufpflasterungen müssen weg und können gegebenenfalls, wenn wirklich nötig, durch eine neuartige Schwelle ausgewechselt werden. Man muss aber das Ganze anschauen. Das am Baselmattweg ist für mich ein absoluter Blödsinn: In dem Bereich, wo Schwellen nötig wären, hat es keine; und unten, fast bei Basel, wo eh nicht so schnell gefahren wird, dort hat es dann Schwellen; aber oben, wo Kinder unterwegs sind, dort hat es keine. Da ist eben schon die Frage, was gibt das für einen Sinn, Schwellen an einem Ort zu haben, wo es nicht nötig ist.

**Gemeinderat Thomas Pfaff**, Vorsteher Departement Einwohnerdienste – Sicherheit: Ich hoffe, ich kann die vielen Fragen von Josua Studer zur vollen Befriedigung beantworten. Auch der Gemeinderat hatte Freude, dass die Bevölkerung seinem Antrag zustimmte und Tempo 30 nicht einführte. Aber in der Schlussfolgerung kommt der Gemeinderat nicht zur Erkenntnis, dass das Nein zu dieser Initiative bedeute, dass man das Bewährte gerade auch noch abschaffen soll. Ich möchte Ihnen an zwei Beispielen zeigen, warum es diese Schwellen gibt. [Folie 1] Die Schwellen im Lettenweg sind aufgeplästerte Schwellen, also nicht nur so eine aufgeschraubte Gummischwelle, sondern effektiv komplett gepflästert und geteert. Sie wurden in den 80er Jahren errichtet, und zwar dort wegen der drei Schulhäuser, und das Ziel war ganz klar, den Verkehr zu verlangsamen und auch einzuschränken – im Sinne von unnötigen Durchgangsverkehr einschränken – wegen der vielen Schüler, die dort auf dem Weg zu ihren Schulhäusern sind. Damit komme ich noch zum zweiten Beispiel, das ich vorbereitet habe [Folie 2]: die Schwellen im Baselmattweg, die gerade eben von Herrn Studer erwähnt wurden. Wir haben dort eine bei der Grünfeldstrasse, weil dort hintendran ein Kindergarten ist; und wir haben eine bei der Ulmenstrasse. Dann hat es eine Schwelle dort, wo der Kinderhort „Schlumpfhüsli“ ist. Also auch dort ist es nicht ohne Grund. Diese Schwellen wurden errichtet Mitte 80er Jahre /Anfang 90er Jahre. Das geschah nicht auf Initiative des Gemeinderates, sondern es war die Anwohnerschaft, die an den Gemeinderat gelangte und um eine Verkehrsberuhigung bat. Das Wirkungsziel war auch dort die Verlangsamung des Durchgangsverkehrs. Es war dort übrigens sogar einmal zweieinhalb Jahre lang

---

Tempo 30, davon hat man dann aber wieder Abstand genommen. Auch diese Schwellen haben ihren Grund, und wir möchten daher auch an diesen Schwellen festhalten.

Jetzt kommen wir noch zu einem weiteren spannenden Punkt [nächste Folie]: Was kostet uns das Vergnügen? Wir haben neun Aufpflästerungen. Die zu entfernen kostet pro Aufpflästerung Fr. 10'000, macht zusammen also ca. Fr. 90'000. Gummischwellen wegzumontieren ist viel einfacher, da rechnen wir nur mit etwa Fr. 1'000. Und der Postulant schlägt ja vor, dass man noch das versetzte Parkieren abschaffen soll, das bedeutet also entsprechende Planungskosten und Kosten für das Ummarkieren, da kommen nochmals etwa Fr. 15'000 zusammen, und so sind wir bei Fr. 106'000. Nun hat die Bevölkerung nein gesagt zu Fr. 120'000 für die Einführung von Tempo 30 – dort wurden als Argument immer auch die Kosten ins Feld geführt – und nun soll man Fr. 106'000 in die Hand nehmen, um diese Motion zu erfüllen? Das kann es nicht sein.

Ich fasse also zusammen: Diese Schwellen haben ihren klaren Grund. Sie sind nicht willkürlich dort, sondern sie sind dort, weil es ein Bedürfnis der Anwohnerschaft ist und zum Schutz unserer Schüler. Und zum anderen kostet die Entfernung viel Geld. Aus diesen Gründen beantragt Ihnen der Gemeinderat, diese Motion nicht zu überweisen.

**Josua Studer**, parteilos: Das waren sehr interessante Ausführungen von Gemeinderat Pfaff wegen der Schwellen bei den Schulhäusern: Die seien wegen der vielen Schüler. Diese Schwellen können wir wegnehmen. Denn die Schüler sind selber die Schwellen. Probiert mal, wenn die Schüler Pause haben oder in die Schule gehen oder Mittag haben oder abends Feierabend haben, mit einem Velo auf dieser Strasse durchzukommen, geschweige denn mit einem Auto – das versucht man kein zweites Mal. Also von dem her können wir die Schwellen schon mal entfernen. – Wegen der 120'000 Franken, die die Bevölkerung abgelehnt hat: Das ist richtig. Es waren aber nicht nur 120'000; dies war der Anfangspreis. Aber die Tempo-30-Sache wäre ja dann ausgebaut worden und wäre dann um einiges, einiges, einiges teurer gekommen. Deshalb hat die Bevölkerung nein gesagt, und nicht nur wegen der 120'000 Franken, sondern wegen des gesamten möglichen Betrages, der hätte entstehen können. 106'000 Franken jetzt ins Feld zu führen, die das Rückgängigmachen von Fehlern kosten würde, finde ich keinen ganz passenden Vergleich. Weiterhin ist zu sagen: Der Gemeinderat hatte ganz klar gesagt, wenn Tempo 30 kommt, werde er selbstverständlich die Pacer-Schwellen auswechseln. Er kann die auch gegen leisere Schwellen auswechseln, wenn Tempo 30 jetzt nicht angenommen wurde. Es war nämlich nicht die Bedingung, dass Tempo 30 kommen müsse, damit der Gemeinderat dieses Versprechen einlösen würde. Bis jetzt habe ich nichts in die Richtung gespürt, dass der Gemeinderat erkennen lässt, dass er wenigstens diese Schwelle ersetzen will. Deshalb muss man eben einen solchen Vorstoss machen.

**Christoph Benz**, SP/EVP-Fraktion: Ich möchte kurz Stellung nehmen zu den drei Schwellen beim Lindenplatz / Baselmattweg. Ich wohne im 9. Stock über diesen Schwellen. Also ich kann zu jeder Tages- und Nachtzeit sagen, wie sich das anhört. Ich selber bin nicht dafür, dass man diese Schwellen entfernt. Das Problem sind nicht die Schwellen. Ich kann mit meinem Auto – dort draussen steht es – mit Tempo 30 ungebremst über diese Schwelle fahren. Ich fahre einfach ein wenig näher an den Strassenrand. Aber auch wenn dort gerade noch ein Velofahrer ist, kann man ungebremst mit Tempo 30, leicht auskuppeln, darübergleiten, wieder einkuppeln – man muss kein Gas geben. Das geht wirklich ohne Problem. Was ich nachts oft erlebe, ist, dass Leute, besonders solche, die mit tiefergelegten Fahrzeugen unterwegs sind, den Motor an jeder Schwelle aufheulen lassen müssen. Aber das ist ein geistiges Problem. Das hat nichts mit den Schwellen zu tun. Die müssen natürlich schaurig gefühlvoll über die Schwellen fahren, damit es den Frontspoiler nicht nach hinten biegt. Aber – wir leben damit. Ich finde, wir haben in der Metzgersmatten-Siedlung – ich sage mal: 200 Wohnungen, pro Wohnung sicher zwei Personen im Durchschnitt, das sind etwa 400 Leute. Wir haben in den Metzgersmatten einen Kindergarten, zu dem man auch durch unser Areal, oder hinten herum über die Grünfelderstrasse, kommt. Wir haben vorne den Coop, wo all die Leute hin- und herlaufen, wir haben Schulwege. Dann ist der Baselmattweg auch eine recht frequentierte Route, also mindestens vom Gehör her; morgens um 6 geht es los. Töffli, Scooter, Velos fahren alle ungebremst über diese Schwelle. Und die Autos – da muss ich sagen, unsere Tiefgarage ist das grössere Problem als diese Schwelle. Man lebt damit. Schwellen sind auf jeden Fall nicht das Problem. Ich habe mehr Mühe mit Scootern, die lärmige Motoren haben, statt Viertaktern sind es Zweitakter, die nerven. Ich habe mehr Mühe mit aufheulenden tiefergelegten Autos als mit den Schwellen. Von daher würde ich sagen: Nicht umbauen, sondern sie belassen und an die Vernunft der Leute appellieren. Bei den Pacer-Schwellen könnte man es sich überlegen, das ist auch weitaus günstiger. Aber die Aufteerungen so, wie sie bei uns unten gestaltet sind, mit der Verbreiterung am Ran, finde ich lebbar und durchaus gut.

**Jürg Vogt**, FDP/GLP-Fraktion: Wir von der FDP/GLP haben eigentlich in der ganzen Diskussion schon immer Schwellen gefordert, und wir haben gehofft, dass das die Lösung sein könnte. Wir können nicht einsehen, warum man jetzt die bestehenden Schwellen entfernen soll. Wir werden diese Motion nicht überweisen.

**René Imhof**, SVP-Fraktion: Ich bin als Autofahrer auch nicht unbedingt begeistert von diesen Schwellen. Jedoch insbesondere die am Baselmattweg sind vor einiger Zeit angebracht worden, weil diese Strasse von den Ausländischen, also den „68ern“, als Rennstrecke benutzt wurde. Die haben diese Strecke als Abkürzung genommen. In den Hochhäusern an der Metzgersmatte – ich komme dort jeden Abend auf dem Heimweg vorbei – da stelle ich fest, dass sehr viele Kinder wohnen. Die fahren halt auch einmal unkontrolliert mit dem Velo auf die Strasse hinaus. Und wenn es dort diese Schwelle hat, dann fährt man nicht mit vollem Rohr durch, sondern man fährt mal ein bisschen langsamer. Per Saldo spielt das ja keine Rolle, wir kommen immer noch rechtzeitig an. Wenn man, wie ein Vorredner sagte, ganz rechts oder ganz links drüberfährt, dann ist das locker mit 30 möglich. Bei den Pacer-Schwellen bin ich ebenfalls der Meinung, wenn sie im Schulhausbereich sind, sollte man sie lassen, wie sie sind. Denn dort muss der Autofahrer einfach merken, dass Kinder unterwegs sind, die, wenn sie einmal eine Stunde oder zwei stillsitzen mussten, einen Bewegungsdrang haben und auf die Strasse hinausrennen. Wenn man dort ein wenig langsamer kommt, spielt es eigentlich auch keine Rolle.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Ich möchte noch darauf hinweisen, dass all diese Schwellen ja an Strassen angebracht sind, die Quartierstrassen sind, in denen sowieso kein Durchgangsverkehr herrschen sollte. Das gilt insbesondere auch für den Lettenweg, der ja nach meinem Kenntnisstand als Zubringerdienst-Strasse signalisiert ist, so dass also auch von der verkehrspolizeilichen Anordnung her gar kein Durchgangsverkehr sein darf. Darum meine ich, dass diese Schwellen nicht störend sind und auch nicht entfernt werden müssen.

**Josua Studer**, parteilos: Ich habe noch eine Verständnisfrage an René Imhof: Mit den „68ern“ hast du nicht den Jahrgang gemeint – du hast sicher an die 68er-Wohnregion gedacht?

**René Imhof**, SVP-Fraktion: Richtig, ich habe die „68er“ gemeint, die diese Strecke als Schleichweg benutzten.

**Josua Studer**, parteilos: Ich bin natürlich sehr dankbar auf diese Seite hinüber für die Bestätigung, dass Lärmemissionen erkannt sind. Es wurde auch bestätigt, dass meine Aussage richtig ist, wonach beschleunigt wird. Und die Fahrer mit den tiefergelegten Autos müssen ja beschleunigen, weil sie so langsam drüberfahren mussten. Die beschleunigen also in erster Linie wegen der Schwelle und zweitens, weil sie Spass dran haben. Weiters war mir ganz klar, als ich diese Motion einreichte, dass die Dringlichkeit nicht anerkannt würde – das ist ja dann so passiert. Dass das heute nicht durchgehen wird, ist mir auch klar. Aber Sinn und Zweck ist: Wir diskutieren darüber, man hat das Thema nochmals angesprochen. Das ist Politik. Und ich möchte einfach sagen: „Zubringerdienst“ ist für Mofas und Velos nicht relevant. Das heisst, es ist doch eine Durchgangsstrasse, nur eben nicht für den grossmotorisierten Verkehr.

**Giulio Vögelin**, SP/EVP-Fraktion: Ich möchte noch eine Lanze brechen im Zusammenhang mit dem zweiten Satz, den wir in dieser Motion haben, nämlich das versetzte Parkieren. Ich erlebe es jeden Tag an der Lilienstrasse, wo ich daheim bin: Wenn dort nicht das versetzte Parkieren wäre, wäre das eine Rennpiste par excellence. Dank dem versetzten Parkieren fahren alle Autofahrer, und sogar Töfflifahrer, langsamer. Von der Strassenbreite her mag es sein, dass die eine oder andere Strasse in der Gemeinde vielleicht doch breit genug wäre, dass man trotz versetzten Parkierens problemlos aneinander vorbei käme. Aber in der Lilienstrasse ist das nicht der Fall. Dank dem versetzten Parkieren hat man dort teilweise fast Schritttempo, und das auch genau in der Nähe einer Schule.

**Josua Studer**, parteilos: Ich habe vorhin noch vergessen anzufügen: Ich ziehe die Motion zurück, weil ich merke, dass überhaupt keine Unterstützung vorhanden ist.

PAUSE

**Armin Bieri**, Präsident: Wir fahren fort. Ich frage den Gemeinderat an, ob es im **Info-Fenster des Gemeinderats** etwas mitzuteilen gibt. – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur dringlichen Interpellation „Einführung der Buslinie 48 ab Dezember 2009“. Das Wort hat der Interpellant.

**Josua Studer**, parteilos: Ich denke, es wäre interessanter, zuerst die Antworten des Gemeinderates zu hören.

**Gemeinderat Robert Vogt**, Vorsteher Departement Tiefbau – Umwelt: Nachdem diese Interpellation bei der Gemeindeverwaltung Allschwil eingegangen war, fand lustigerweise wenige Stunden später eine Sitzung statt mit den zuständigen Stellen, nämlich BVB, BLT, Kanton Basel-Landschaft und Kanton Basel-Stadt. Dort wurden die Fragen zum Glück gerade erläutert, die Herr Studer hier stellt. Und dann war das Erstaunen doch gross, als die BVB sagte: Selbstverständlich wissen wir das. Wie kommt er denn dazu zu sagen, wir hätten keine Kenntnis; wo wohl hat er gefragt?

Antwort zu Frage 1 „Wieso hat die zuständige Abteilung der BVB noch keine Kenntnis des Einwohnerratsentscheides?“: Die BVB hatte schon vor der Sitzung, die ich gerade erwähnte, Kenntnis gehabt, und zwar die Abteilung Marketing/Verkauf/Infrastruktur. Und deswegen sind auch alle Hebel in Bewegung, um die Buslinie 48 ab Mitte Dezember 2009 zum Bahnhof zu bringen.

Frage 2 „Sind die zuständigen Gremien der Kantone Basel-Stadt und Baselland in Kenntnis des Einwohnerratsentscheides gesetzt worden?“: Selbstverständlich ja, auch schon früher, nämlich nach dem Einwohnerratsentscheid, sind sie in Kenntnis gesetzt worden und wissen Bescheid. Es handelt sich um das Amt für Öffentlichen Verkehr Baselland und das Amt für Mobilität Basel-Stadt.

Frage 3 „Wird die Linie 48 auf den Fahrplanwechsel Dezember 2009 eingeführt?“: Ja. Das gilt jetzt als sicher.

Zu Frage 4 „Wie stehen die Chancen, dass die Linie 48 ganztägig mindestens im 30-Minuten-Takt und an den Wochenende fährt, so wie es der Einwohnerrat wünscht?“: Sie erinnern sich, Sie haben entschieden, dass das ein Wunsch ist, den wir selbstverständlich weitergegeben haben. Hier ist es aber so, dass die paritätische Kommission, die den öffentlichen Verkehr unter sich hat, zuerst beraten muss und dann einen Vorschlag machen wird. Das können wir hier in Allschwil nicht beschleunigen. Wir sind darauf angewiesen zu warten, bis diese Antwort kommt. So lange wissen wir nur, dass die Buslinie 48 zum Bahnhof eingeführt wird, und zwar rechtzeitig.

**Josua Studer**, parteilos: Vielen Dank für diese Antworten. Ich kann Ihnen gern Antwort geben, wen ich befragt hatte. Das war Herr Teuscher, der massgeblich zuständig ist, was dieses Geschäft anbelangt, Frau Feller, die massgeblich beauftragt ist, die Haltestellenordnung etc. pp. zu machen. Frau Feller kennen Sie sehr gut von der Angelegenheit Grabenring-Kreisel. Mit diesen beiden Personen habe ich über die Sache geredet, und ich gehe jetzt einmal davon aus, dass sie ab dem Zeitpunkt, wo ich ihnen das gesagt hatte, von der Sache wussten und es Ihnen so weitergaben. Und so lange ist das noch nicht her – ungefähr eine knappe Woche.

Es freut mich natürlich, dass die Buslinie 48 kommt. Es ist super, wenn dann auch die paritätische Kommission sieht, dass das ganztägig sein sollte. Ich hatte der BVB einfach diese Frage gestellt: Habt ihr überhaupt die Fahrzeuge dafür, habt ihr überhaupt Chauffeure dafür? Das ist genau die springende Quelle meiner Frage. Die BVB muss das ja rechtzeitig wissen; die müssen Fahrzeuge kaufen, mieten oder leasen. Womit wir wieder beim gleichen Thema sind wie am Anfang. Ich bin froh um die rasche Beantwortung. Dankeschön, dass Sie dieser Interpellation die Dringlichkeit gegeben haben. Ich bin glücklich zu wissen, dass wir ab Dezember die direkte Verbindung zum Bahnhof haben, und wenn es nur zeitweise ist.

**Armin Bieri**, Präsident: Ist noch Diskussion gewünscht vom Interpellant?

**Josua Studer**, parteilos: Sehr gerne, ja.

**Armin Bieri**, Präsident: Die Diskussion ist offen. Wird das Wort gewünscht? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Wir kommen zum dringlichen Verfahrenspostulat [betreffend Änderung Geschäftsreglement Einwohnerrat (Kommissionssitze bei Änderung der Fraktionszugehörigkeit)]. Das Wort hat der Interpellant.

**Andreas Bammatter**, SP/EVP-Fraktion: Wie einleitend schon zur Frage der Dringlichkeit gesagt, wurde das Verfahrenspostulat deshalb von unserer Fraktion eingereicht, weil wir finden, wir haben eine Gesetzeslücke im Reglement. Wir brauchen im § 18 eine Ergänzung, und wir finden, wer die Fraktionszugehörigkeit freiwillig oder unfreiwillig ändert, scheidet mit dem Datum der Austrittserklärung aus den ständigen Kommissionen aus. Somit kommen wir dann zu einer neuen Besetzung. Die kann die gleiche sein wie die alte, denn das Verfahrenspostulat sagt ja nicht, dass jemand nicht wiederwählbar ist. Es ist aber so, dass wir nachher nach dem Parteienproporz, entsprechend der Fraktionszugehörigkeit, die Sitze verteilen können, und somit die Fraktion, die das Anrecht hat, bestimmen kann, ob sie die alte Zusammensetzung bestehen lassen, oder ob sie eine neue Person nominieren will. Ich sagte auch einleitend bei der Begründung der Dringlichkeit, dass es möglich ist, dass das noch weitergeht. Leider hatten wir auch in dieser Legislatur sehr viele Wechsel in den Fraktionen. Es ist nicht auszuschliessen, dass sich eine neue Fraktion bilden könnte. Und somit müssen wir uns Gedanken darüber machen, wie wir das im Reglement haben wollen. Ich bitte also, das Verfahrenspostulat zu überweisen und somit dem Büro Gelegenheit zu geben, das so zu formulieren zusammen mit der Reglementscommission, und nachher damit in den Rat zurückzukommen und es in einer sauberen Form zu präsentieren, damit wir dann darüber entscheiden können. Es ist momentan so, dass es sich vor allem um zwei Fraktionen handelt, die sich da streiten. Aber je nachdem, wie die Konstellation ist, also wenn sich in einer Fraktion noch etwas ändern würde, gäbe es auch dort Sitzverteilungen, um die es ständigen Händel geben würde. Am Anfang der Legislatur ist es klar, und es ist auch klar, welchen Schlüssel wir haben, wenn es zwei nicht fraktionsgebundene Personen hat, wie es jetzt der Fall ist. Aber es ist die Frage, wie die Sitzverteilung ist, wenn die Leute, die einmal in eine Kommission gewählt wurden, noch dort drin sind.

**Armin Bieri**, Präsident: Gibt es eine Stellungnahme des Gemeinderates? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann kommen wir zur Beratung durch den Einwohnerrat. Wird das Wort gewünscht?

**Josua Studer**, parteilos: Ich kam heute Abend hier herein, und das Erste, was ich immer mache, ist, die vorliegenden Vorstösse anzuschauen und sie mir zu Gemüte zu führen, damit ich dann, wenn sie behandelt werden, schon Bescheid weiss und eine Meinung habe. Nicht so, wie gewisse Einwohnerräte, die dazu nicht in der Lage sind, wie die Vergangenheit gezeigt hat. Ich war dann ziemlich schockiert wegen dieses dringlichen Verfahrenspostulates. Es stellt sich mir einfach dauernd wieder die grosse Frage: Wieso legt sich der Einwohnerrat so starke Fesseln an, die nicht einmal auf Bundesebene im National- und Ständerat so angewendet werden? Oder gehen wir eine Stufe weiter herunter: Nicht einmal im Landrat haben wir so starke Vorschriften wie der Einwohnerrat. Dabei hat der Einwohnerrat einen Artikel in seinem Reglement, der ihm so viele Freiheiten gibt: Er kann jederzeit etwas beschliessen, damit er handlungsfähig bleibt, damit er flexibel bleibt. Aber in letzter Zeit passiert es einfach dauernd: Das wollen wir nicht und jenes wollen wir nicht... Man will zwar nicht einmal ein anständiges Reglement, aber man schraubt trotzdem jetzt an diesem Reglement herum. Man schraubt immer daran herum. Jetzt versucht euch einmal einen Domino Day vorzustellen, bei dem man einfach einzelne Steine auswechselt. Unter Umständen löst ihr nämlich bei diesem Domino Day mitten drin im Gebilde etwas aus, von dem ihr nicht wisst, wie es dann schlussendlich herauskommt, weil es dann nicht mehr den Berechnungen entsprechend stimmt. Dieser Vorstoss kommt jetzt von Seiten SP. Ich gebe euch einen wahnsinnigen Tipp: Passt auf, dass euch dieser Vorstoss nicht selber zum Bumerang wird. Ihr seid ja genau die Partei, die jetzt sehr, sehr kämpfen muss, um Oberhand zu behalten. Ihr müsst damit rechnen, dass es Aufsplitterungen in euren Reihen gibt, dass ihr auch weiterhin Leute verliert an die Grünen oder auch an die Grünliberalen je nachdem. Ihr seid die, die am meisten gefährdet sind, dass die Fraktion nicht zusammenbleibt. Was die Situation mit mir und meiner Frau anbelangt, so ist das jetzt in einer Fraktion passiert, nicht wegen Themen, sondern wegen persönlichen Differenzen. Und das ist ja eigentlich das Massive: dass wir, ich und meine Frau, jetzt nicht mehr offiziell SVP sind. Aber das Gedankengut haben wir nicht abgelegt. Wir politisieren weiterhin SVP. Und das heisst doch ganz klar, wenn wir jetzt die Sitze, die wir in den Kommissionen haben, behalten, dann bringen wir weiterhin das SVP-Gedankengut ein in

die Debatten. Sprich: Die Linken probieren jetzt, der bürgerlichen Seite einfach Sitze streitig zu machen. Ihr habt die Hoffnung, dass ihr unter Umständen erben könnt. Dass das nicht klappen wird, hat man heute Abend gesehen. Die CVP hat Anrecht auf einen Sitz, sie hat immer klar kommuniziert, sie wolle unbedingt diesen Sitz, sie würde darauf bestehen – und heute Abend wählen sie Cedric Roos hinein – ich habe es nicht von dir gehört, Mathilde Oppliger, aber sonst aus der CVP. Sie wählen Cedric Roos hinein. Cedric Ross hat, wie ich heute schon erwähnte, mittlerweile ein Doppelmandat. Er ist zweimal vertreten in dieser Reglementscommission; er ist zurzeit Ersatzmitglied für die SVP und ordentliches Mitglied für die CVP. Eine tolle Situation. Das hat es noch nie gegeben. Ich bin eigentlich so was von stolz, was ich in den paar Jährchen hier drin ausgelöst habe mit meinem Verhalten. Da sind Sachen passiert, die nie vorstellbar waren und für mich nicht nahvollziehbar sind. Es ist der Wahnsinn. Und es ist auch das zu sagen: Ihr nehmt jetzt eigentlich zwei Personen die Möglichkeit weg, sich politisch einzubringen in den politischen Alltag der Gemeinde Allschwil. Wir sind in Kommissionen hineingewählt, und nicht erst seit gestern, und auch nicht erst seit vorgestern. Wir haben dort gute Arbeit geleistet, und das wird einfach nicht gewürdigt, wenn man jetzt einfach jemanden hinausbugsiert, nur weil es Querelen in einer Fraktion gegeben hat. Das kann es einfach nicht sein. Und wenn ich euch sagen würde, wieso meine Frau aus dieser Fraktion ausgetreten ist, dann würdet euch wahrscheinlich die Schuppen von den Augen fallen. Dann würdet ihr selber, die ihr sehr sozial eingestellt seid, sagen: Das gibt es nicht, das kann es nicht sein. Ich sage es jetzt absichtlich nicht, denn erstens einmal würde es ja dementiert werden, und zweitens trägt es zu dem ganzen Prozess überhaupt nichts bei. Ich bin effektiv schockiert, dass man auf die Idee kommt, solch einen Vorstoss zu machen. Ich habe schwer Mühe, mit solchen Leuten weiterarbeiten zu können. Wenn man jetzt sagt: Ihr müsst raus, und ich und meine Frau sind dann nur noch Mitglieder im Einwohnerrat, dürfen aber nicht mehr in einer Kommission mitarbeiten, was ja die Hauptaufgabe eines Einwohnerrates ist – Vorberaten, Vorstösse anschauen, kritisieren, machen, tun... Dann gibt es einfach Situationen, wie wir sie beim Einwohnerreglement hatten, wo man das torpedieren musste, weil man nicht selber in der Kommission war. Möchtet ihr weiterhin solche Verhandlungen? Ich stehe schon auf. Ich werde reden. Ich werde jedes Geschäft, das ich nicht in einer Kommission mitberaten kann, hinterfragen und meine Anträge stellen etc. pp. Das hilft dem Einwohnerrat nicht. Ich bitte euch sehr, das Verfahrenspostulat nicht zu überweisen.

**Barbara Selinger**, SP/EVP-Fraktion: Ich wollte eigentlich nichts dazu sagen. Nun aber doch etwas der Ordnung halber. Etwas vom Ersten, was ich kennen lernte, als ich in den Rat kam – das ist noch nicht so wahnsinnig lang her – war, dass man ohne Fraktion nicht in einer Kommission sitzen darf. Das ist das 1 x 1 für mich von den Regeln hier drin, und an die hält man sich, wenn man hier drin sitzt, finde ich. Das ist meine Meinung. Und als es vorhin um die Dringlichkeit ging, haben nicht nur die Linken zugestimmt, sondern auch die Bürgerlichen. Demnach ist es offensichtlich ein allgemeineres Anliegen, als du meinst.

**Andreas Bammatter**, SP/EVP-Fraktion: Besten Dank. Vielleicht habe ich noch nicht alles gesagt, was man sagen sollte. Es steht aber in der Begründung des Antrags. Die vorgeschlagene Formulierung sagt aber auch, dass die Möglichkeit besteht, so, wie es jetzt formuliert ist, dass ein ausgeschiedenes Kommissionsmitglied anschliessend wieder erneut gewählt werden kann. Wenn also jemand – wie Josua Studer es gesagt hat – das Gedankengut einer Partei weiterhin trägt, und es zufällig die Partei ist, die den Sitz bekommen würde, so kann diese Partei – oder auch eine andere – ihn wieder wählen. Es spielt aber keine Rolle, wer das ist, ob das Herr Studer ist oder eine andere Person. Wenn wir überzeugt sind, dass die Fachlichkeit und das Verhalten – und ich sage nochmals: das Verhalten – entsprechend sind, dann werden wir nicht jemanden aus einer Kommission abwählen, der bewährt ist. Denn die, die in den Kommissionen arbeiten, und das sind die meisten, wissen, dass dann die Parteifarben zum grössten Teil wegfallen und man sich um die Sachgeschäfte kümmert. Wenn aber die Fraktion, die das Anrecht auf den Sitz hat, eine eigene Person aufstellen will, dann soll sie dieses Anrecht haben. Denn wir haben in den Kommissionen einen Parteienproporz, und der soll dann gelten, und zwar eindeutig und nicht immer wechselnd, so dass man dann schauen muss, ob man noch einen Sitz hat für jemanden, der eigentlich, wenn es am Legislaturbeginn wäre, kein Anrecht darauf hätte.

**Josua Studer**, parteilos: Da widersprichst du jetzt genau dem, was Barbara Selinger sagte: Sie findet, wenn jemand keiner Fraktion angehört, dann habe er nichts verloren in einer Kommission. Was soll denn der ganze Zauber? Das ist ein Sturm im Wasserglas. Das ist echt absolut unnötig. Wir könnten die Zeit heute Abend sinnvoller nutzen als mit so einem blöden Vorstoss, Entschuldigung.

**Armin Bieri**, Präsident: Herr Studer, bitte mässigen Sie sich.

**Josua Studer**, parteilos: Ich kann es ganz anders sagen...

**Armin Bieri**, Präsident: „Blöd“ ist nicht gemässigt, und ich möchte keine Wiederholung mehr, damit das ganz klar ist. – Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, das Verfahrenspostulat zu überweisen, soll jetzt die Karte erheben.

**://:**

Das Postulat wird mit 29 Ja, bei 3 Nein und 5 Enthaltungen, überwiesen

**Armin Bieri**, Präsident: Wir kommen wieder zur ordentlichen Traktandenliste. Die Traktanden 11 und 12 sind relativ identisch. Ich möchte deshalb die Postulanten anfragen, ob man sie zusammen behandeln könnte.

**Nedim Ulusoy**, Fraktion Grüne: Ich kann für das zweite Postulat reden. Das war ein dringliches Postulat, das, glaube ich, nur von mir unterzeichnet war. Es ging dort um die Dringlichkeit. Es hätte einen zusätzlichen Bundesbeitrag gegeben für das Verfahren zur Akquirierung des Energiestadt-Labels. Die Frist ist mittlerweile abgelaufen, und darum ist das Postulat eigentlich hinfällig. Von dem her schlage ich vor, dass man das Traktandum 12 streicht und nur noch das Traktandum 11 behandelt. Ich ziehe also das zweite Postulat zurück und möchte nur noch das erste behandelt haben.

**Armin Bieri**, Präsident: Gut, wir streichen Traktandum 12 und kommen zu Traktandum 11.

468 01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 11**

**Postulat von Nedim Ulusoy, Christoph Benz, Gabriela Huschke, Ursula Pozivil, Kathrin Gürtler, Barbara Selinger, Julia Gosteli, Rita Urscheler und Jean-Jacques Winter vom 24.03.2009 betreffend Erwerb des Labels „Energiestadt“ durch die Gemeinde Allschwil  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt  
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme , Geschäft 3847**

---

**Nedim Ulusoy**, Fraktion Grüne: Vielleicht haben Sie mitbekommen, dass letzte Woche die Regierung der Malediven auf dem Meeresgrund eine Sitzung abgehalten hat. Das hat dann wahrscheinlich in etwa ähnlich ausgesehen [präsentiert einen Schnorchel]. Sie fragen sich jetzt sicher, was das Ganze mit uns zu tun hat. – Sehr viel. Mit dieser Aktion will die Regierung der Malediven die Weltgemeinschaft auf den Klimawandel aufmerksam machen und dazu aufrufen, den CO<sub>2</sub>-Ausstoss zu senken. Die Malediven gehören zu den Staaten, die am stärksten unter der Klimaerwärmung zu leiden haben. Schon in wenigen Jahrzehnten könnte ein grosser Teil der Inseln im Meer versinken. Aber auch in der Schweiz leiden wir bereits heute unter den Folgen des Klimawandels. Die Wetterextreme nehmen zu. Sie erinnern sich alle an den Lawinenwinter 1999, an den Hitzesommer 2003, die grossen Überschwemmungen 2005. Unseren Wintersportorten fehlt zunehmend der Schnee. Das ist ein Problem, das dem Tourismus schadet. Was kann man dagegen tun? Das ist Ihnen auch bekannt. „Global denken – lokal handeln“ ist die Devise. Für uns als Gemeinde bedeutet das unter anderem, haushälterisch mit Energie umzugehen. Denn Energieverbrauch bedeutet in den meisten Fällen auch den Verbrauch von fossilen Brennstoffen, und damit die Produktion von unerwünschtem CO<sub>2</sub>. Es geht aber nicht primär darum, gar keine Energie mehr zu verbrauchen - auch ich heize gern im Winter – sondern haushälterisch mit Energie umzugehen und keine Energie zu verschwenden. Bei den Finanzen haben wir in der Gemeinde Allschwil eine sehr hohe Transparenz. Regelmässig werden uns das Budget des kommenden Jahres vorgelegt und die Abrechnung des vergangenen Jahres. Alles ist auf 5 Rappen genau aufgelistet. Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass die Steuergelder möglichst effizient eingesetzt werden. Bei der Energie ist das aber nicht der Fall. Haben Sie schon einmal eine umfassende Zusammenstellung über den Energieverbrauch

---

der Gemeinde Allschwil gesehen? Wo steht unsere Gemeinde in Bezug auf den Energieverbrauch? Ich habe keine Ahnung. Und ich vermute, Ihnen geht es ähnlich. In der Umweltkommission haben wir das Thema Energiestadt aufgegriffen, weil verschiedene Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte nicht glücklich darüber sind, dass sich in Allschwil in dieser Sache bisher nichts bewegt hat. Wir haben einen ausgewiesenen Fachmann eingeladen, der uns umfassend über Kosten, Nutzen und über das Vorgehen beim Erwerb des Labels Energiestadt informierte. Herr Christoph Todt hat jahrelang das Label bei der Gemeinde Reinach begleitet, und Reinach feiert ja derzeit gerade das zehnjährige Jubiläum dieses Energielabels.

Der erste Schritt beim Erwerb des Energiestadt-Labels besteht darin, den Energieverbrauch der Gemeinde detailliert zu analysieren. Bereits dieser Schritt kann wertvolle Hinweise auf mögliche Schwachstellen liefern. Herr Todt hat uns ein Beispiel genannt. Es ging da um eine Friedhofskapelle, bei der man erst durch diese Analyse herausgefunden hat, dass sie massiv Energie verschwendet. Und zwar hatte man festgestellt, dass einerseits die Steuerung falsch eingestellt war, und dass die Isolation nicht optimal war. Mit einem relativ bescheidenen finanziellen Aufwand konnte man das beheben, und die Investition hat sich innert drei Jahren amortisiert.

Der nächste Schritt besteht dann darin sich zu überlegen, in welchen Bereichen die Gemeinde Massnahmen zur Verminderung des Energieverbrauchs einleiten will. Aus einem Katalog von 87 Massnahmen wählt die Gemeinde selbständig diejenigen aus, die sie umsetzen möchte. Herr Vogt gebrauchte vor etwa einem Jahr das Wort „sich einem Label unterwerfen“. Das tönte, als hätte er ein wenig Angst, dass man sich einem fremden Vogt unterwerfen würde, wenn man das Label in Angriff nimmt. Das ist aber nicht der Fall. Die Gemeinde Allschwil hat völlig freie Wahl, welche Massnahmen sie auswählt. Ich habe ein paar Beispiele für Massnahmen zusammengestellt. Massnahmen könnten sein:

- die energetische Nutzung von Bio-Abfällen; das ist ja in Allschwil bereits angedacht, und wir werden uns, glaube ich, in der Dezember-Sitzung darüber unterhalten
- das Führen einer Energie-Buchhaltung in gemeindeeigenen Gebäuden
- das Schulen von Hausabwarten im Bereich optimiertes Heizen oder
- Aktionen im Bereich der Mobilität. Darunter würden sicher auch die Gemeindetageskarten fallen, über die wir gerade eingangs der Sitzung diskutierten.

Herr Todt geht davon aus, dass die Gemeinde Allschwil bereits viele der vorgeschlagenen Massnahmen realisiert hat. Nach einer bestimmten Zeit wird überprüft, ob eine Gemeinde mindestens 50 Prozent dieser Massnahmen umgesetzt hat, und wenn das der Fall ist, bekommt sie das Energiestadt-Label. Das Label würde uns als fortschrittliche Gemeinde ausweisen. Wir hätten aber noch verschiedene andere Vorteile. Unser Energieverbrauch und die Energiekosten würden sinken, und auch unser CO<sub>2</sub>-Ausstoss würde abnehmen. Weiter würde unsere Abhängigkeit von fossilen Energieträgern abnehmen. Und in unserer Region würde eine zusätzliche Wertschöpfung stattfinden. Statt in Saudi-Arabien oder beispielsweise im Iran würde unser lokales Gewerbe von Aufträgen im Energiebereich profitieren. Und weiter würde das Label eigentlich garantieren – man tritt ja einem Verein bei – dass man einen regelmässigen Austausch mit Gemeinden hat und von deren Know-how profitieren kann.

Ich möchte noch etwas zu den Kosten sagen. Ich hatte den Fraktions- und Parteipräsidenten eine Zusammenstellung geschickt, die wir von Herr Christoph Todt bekommen hatten. Er ging davon aus, dass die ganze Bestandesaufnahme etwa Fr. 13'000 kosten würde, dass das Definieren von energiepolitischen Zielen und das ganze Massnahmenprogramm etwa Fr. 9'000 kosten würde, und der Zertifizierungsprozess etwa Fr. 7'000. Insgesamt gibt das Fr. 29'000, und daran würde Energie Schweiz einen Beitrag von Fr. 6'000 zahlen. Die Gemeinde Allschwil würde das Ganze also Fr. 23'000 kosten. Noch nicht inbegriffen sind natürlich die eigentlichen Massnahmen zur Energieeinsparung. Dabei muss man aber beachten, dass Massnahmen, die wirklich den Energieverbrauch senken, auch wieder zu Einsparungen führen und sich in dem Sinne innert einer gewissen Zeit selber amortisieren. Der finanzielle Aufwand hält sich also in Grenzen. Die basellandschaftlichen Gemeinden Aesch, Arlesheim, Birsfelden, Bottmingen, Frenkendorf, Lausen, Liestal, Münchenstein, Muttenz, Reigoldswil, Reinach und Sissach können sich das auf jeden Fall leisten. Als grösste Gemeinde im Kanton sollten wir dazu doch auch in der Lage sein. Interessant ist auch eine Aussage von Nicholas Stern, die ich Ihnen nicht vorenthalten möchte. Er ist ein ehemaliger Chefökonom der Weltbank. Er hat 2006 einen umfassenden Bericht über ökonomische Folgen des Klimawandels veröffentlicht. In dem Bericht geht er davon aus, dass wir heute etwa ein Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts investieren müssen, um eine weitere Klimaerwärmung zu verhindern. Tun wir das nicht, so geht er davon aus, dass wir schon innert kürzester Zeit fünf Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts dafür verwenden müssen, die Schäden des Klimawandels zu beheben. Nichts zu tun ist also teurer, als heute zu handeln. Und das hat ein Ökonom gesagt, nicht etwa ein Umweltschützer. In dem Sinne möchte ich Sie im Namen der Unterzeichnenden bitten, heute zu handeln und das Postulat zu überweisen.

**Gemeinderat Robert Vogt**, Vorsteher Departement Tiefbau – Umwelt: Ich möchte mich zuallererst bedanken bei Herrn Ulusoy. Im Grunde haben Sie jetzt das Postulat schon sehr ausführlich behandelt. Ich stimme Ihnen grundsätzlich auch darin zu, dass der Gemeinderat eben bereits sehr viele Massnahmen schon umgesetzt hat. Es gibt dazu eine ganze Liste, die ich auch gerne zirkulieren lassen kann. Unter anderem jetzt im Familienfreizeitzentrum, wo eine Holzheizung eingebaut wurde anstelle einer gewöhnlichen Gasheizung. Diese Liste lässt sich ellenlang verlängern. Ich möchte Sie aber jetzt nicht zu lange hinhalten. Sondern was den Gemeinderat dazu bewegt, das Postulat nicht entgegennehmen zu wollen, basiert ganz klar auf drei Gründen. Nämlich erstens, dass wir lieber konkrete Massnahmen ergreifen wollen. Das heisst, wenn wir ein Schulhaus sanieren, dann werden wir das Gebäude selbstverständlich so verbessern, dass es nachher nur noch halb so viel Energie zum Heizen verbraucht wie vorher. Zum Zweiten: Das Label, wenn wir es beschaffen wollen, verursacht Kosten, mit denen ja noch keine Massnahmen abgedeckt sind, und das haben Sie ja bereits schon sehr ausführlich dargelegt. Das heisst, wir wissen dann erst, dass wir gut sind – oder noch nicht so gut – aber wir haben die Massnahmen mit diesem Geld noch nicht umgesetzt. Und drittens – das ist gar nicht unwesentlich – braucht es auch zusätzliche personelle Ressourcen. Wir müssten also unser Personal aufstocken oder anders einsetzen, damit wir diesen Energiestadt-Prozess begleiten können. Denn wir von der Gemeinde – wie Sie gesagt haben – müssen ja sagen, welche Massnahmen wir weiterverfolgen wollen, und dazu brauchen wir natürlich auch Manpower. Aus diesen drei Hauptgründen ist der Gemeinderat überzeugt, sollen wir uns nicht auf diese Verpflichtung einlassen, sondern die Freiheit bewahren und – viel lieber – bei zukünftigen Projekten, die wir ja wieder hier im Einwohnerrat vorstellen werden, die Fragen stellen: Haben wir den Energie-Standard erreicht? Ist eine Solaranlage auf dem Dach? Dort werden wir konkrete Massnahmen ergreifen, um CO<sub>2</sub> zu senken, um den Energieverbrauch zu reduzieren.

**Mathilde Oppliger**, CVP-Fraktion: Die CVP ist für sinnvollen Umweltschutz. Mit dem Erwerb des Labels Energiestadt werden der Gemeinde und auch den Einwohnern wieder neue Verpflichtungen auferlegt. Die Erfassung aller relevanten Daten der gesamten Gemeinde ist eine Riesenaufgabe, die mit vernünftigem Aufwand nicht bewältigt werden kann. Die Gesetze auf Bundes- und Kantonebene im Bereich von Wasser, Abwasser und baulichen Vorschriften bestehen bereits in hohem Masse und werden in unserer Gemeinde vorbildlich umgesetzt. Die weitere flächendeckende Umsetzung wird im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften vorangehen. Ebenso unternimmt die Gemeinde in Bezug auf den öffentlichen Verkehr grosse Anstrengungen. Die Energiepolitik liegt in übergeordneter Kompetenz des Bundes und der Kantone und ist nicht Sache der Gemeinden. Wie gross der Nutzen für unser lokales Gewerbe wäre, ist sehr ungewiss. Unsere Gemeinde wird in den kommenden Jahren erhebliche Summen für die Renovation der Schulhäuser ausgeben, um sie dann entsprechend umweltfreundlich gestalten zu können. Davon soll unser Gewerbe profitieren können, und das ohne ein kostspieliges Label. Der Erwerb dieses Labels ist keineswegs eine einmalige Sache. Alle fünf Jahre wird die Gemeinde neu geprüft und mit höher gesteckten Zielen konfrontiert. Wenn man diese Ziele nicht erfüllt, kann das Label auch wieder verloren gehen. Erfüllt man die Vorschriften, so fallen neue Kosten an. Und nicht zu vergessen der Aufwand, den das für die Verwaltung bringt. Der Steuerzahler lässt grüssen. Das Label Energiestadt ist im Moment ein Modelabel. Und wie viel es dann der Umwelt bringt, ist nicht messbar. Sicher profitieren dabei am meisten die Anbieter und die Auditoren dieses Labels. Und nur weil es andere Gemeinden auch haben, müssen wir nicht das Gleiche machen. Es fällt unter „nice to have“. Die Attraktivität von Allschwil ist durch viele Faktoren begründet, aber sicher nicht massgeblich durch das Label Energiestadt. Die CVP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

**Josua Studer**, parteilos: Liebe Mathilde Oppliger, danke vielmals, du hast schon sehr, sehr viel gesagt. Es ist richtig: Dieses Postulat dürfen wir nicht überweisen. Das ist eine Zwängerei. Vor mehreren zehn Jahren wurde Greenpeace als Spinnerorganisation hingestellt, aber sie haben uns mit ihrer Beharrlichkeit aufgezeigt, dass es wichtig ist, für die Umwelt zu sorgen. Heute haben wir es wirklich sehr, sehr weit gebracht mit dem Umweltschutz, und heute gibt es ja bald nichts mehr, wo nicht irgendwie auch die Umwelt mit einbezogen wird bei der Prüfung, ob man etwas tun soll oder nicht. Nur damit wir so ein Täfelchen am Eingang von Allschwil auch noch aufhängen können, nebst den Partnerschaftstäfelchen, müssen wir nicht so ein Label haben. Ein Label ist schon wieder eine Fessel mehr, und dazu habe ich ja vorhin auch schon ziemlich viel gesagt. Warum müssen wir uns solche Sachen aufhalsen, mit denen wir uns immer wieder beweisen müssen? Warum können wir nicht innovativ bleiben? Als du damals den ersten Vorstoss machtest in Sachen Energie-Label, sagte der Gemeinderat ganz klar und deutlich, wo Allschwil schon mitmacht, was Allschwil plant, und was alles auf Allschwil zukäme, wenn man das umsetzen wollte. Und der Gemeinderat hat zur Vorsicht gemahnt. Und dann konntest du es einfach nicht bleiben lassen, und du stürmst weiter. Und du hast es heute noch einmal gehört vom Gemeinderat: Wir machen viel, es wird viel gemacht, jeder Quartierplan hat brutale Auflagen – was wollen wir eigentlich

---

alles noch? Ich bitte sehr, dass wir dieses Postulat nicht überweisen, aber weiterhin an die Umwelt denken. Das ist heute, glaube ich, Normal-Standard. Es kommt niemandem mehr in den Sinn, irgendwie etwas anderes zu tun als an die Umwelt zu denken, denn wir leben ja selber auch darin.

**Dr. Markus Gruber**, FDP/GLP-Fraktion: Auch wir bei der FDP/GLP-Fraktion haben das Thema ausführlich diskutiert. Wir kamen zwar nicht zu einem einstimmigen Entschluss. Aber die Mehrheit findet, dass dieses Label ein „nice to have“ ist und dass der Aufwand viel zu gross wäre, um das Label zu erhalten und auch zu behalten, ohne dass wir einen konkreten Nutzen davon hätten. Es ist eigentlich mehr ein ideeller Wert, aber das Geld würde besser für konkrete Massnahmen eingesetzt. Darum empfehlen auch wir von der FDP-Fraktion, das Postulat nicht zu überweisen.

**Hans-Peter Tschui**, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion ist zu einem ähnlichen Schluss gekommen wie der Votant vor mir. Und insbesondere der dritte Punkt, den Herr Vogt erwähnte, dass nämlich mit der Ressourcenfindung eine Unbekannte verbunden ist, die man heute überhaupt nicht einschätzen kann. Abgesehen davon, dass mit der Annahme des Postulats wiederkehrende Ausgaben verbunden wären, ohne dass wir dafür eine messbare Leistung bekämen. Deswegen schliesst sich die SVP-Fraktion der Meinung des Gemeinderats an und ist für Ablehnung.

**Nedim Ulusoy**, Fraktion Grüne: Ich möchte gerne noch zwei Sachen präzisieren. Liebe Mathilde Oppliger, du warst in der Umweltkommission, du hast es gehört. Es wurde die Frage des Personalaufwandes für die Verwaltung angesprochen. Sie, Herr Vogt, sagten, Sie bräuchten zusätzliche Manpower, um das zu bewältigen. Dazu sagte uns Herr Todt – und er machte ja gerade diese Arbeit für die Gemeinde Reinach – dass er etwa ein 10%-Pensum aufgewendet hat für seine Tätigkeit als Umweltverantwortlicher für das Label. Das ist also nicht eine Riesenaufstockung, die man da machen müsste. Es ist aber klar, der jetzige Umweltverantwortliche müsste einen gewissen Teil seiner Arbeit für dieses Energiestadt-Label reservieren. Dann zum Thema „Zwängerei“, und was da auf uns zukommt: Ich möchte nochmals betonen, es gibt einen Katalog von 87 Massnahmen. Welche Massnahmen wir umsetzen – darin wären wir völlig frei. Da kann die Gemeinde die auslesen, die speziell für Allschwil geeignet sind, und das müssen ja nicht unbedingt die teuersten sein. Dann noch etwas zu dir speziell, Josua Studer. Du hast sonst ein sehr gutes Gedächtnis, aber wenn du mir jetzt Zwängerei unterstellst: Nicht ich war es, der das Thema aufbrachte in der Fragestunde in der Dezember-Sitzung; das waren andere. Soviel zu den Anmerkungen.

**Andreas Bammatter**, SP/EVP-Fraktion: Wenn wir etwas bauen, oder wenn wir etwas errichten wollen, dann haben wir einen Planungskredit. Dann sprechen wir 100'000 Franken für einen Planungskredit, dann wird uns das vorgelegt. Hier reden wir von 25'000 Franken und haben nachher die Möglichkeit, genau darüber abzustimmen, ob wir das realisieren möchten oder nicht. Also wenn man es in dieser Richtung anschaut, ist das günstig eingekauft, und wir haben dann etwas für uns, für unsere Umwelt, für unsere Nachfolger. Nachhaltigkeit wäre auch noch ein Thema.

**Christoph Benz**, SP/EVP-Fraktion: Ich merke, ich bin geschockt, dass auch im rechten Lager dieses Parlaments so viel Zurückhaltung herrscht in Bezug auf Energiestadt. Die Allschwiler wollen immer die Besten sein, hat man das Gefühl, und sie lassen keine Gelegenheit aus, wenn sie etwas Gutes tun, das auch allen zu sagen. In Sachen Energiestadt – da muss ich Robert Vogt unbedingt recht geben – geben sich die Behörden heute schon Mühe, Dinge umzusetzen, die sicher in Bezug auf das Label Punkte erhalten würden. Wenn ich den Kanton Basel-Stadt anschau, der sich das auch auf die Fahnen geschrieben hat: Die IWB und das AUE machen zusammen recht viele Vorstösse, damit die Bevölkerung auch merkt: Hallo, wir wollen das auch. Das löst eine Dynamik aus, die man als Multiplikation bezeichnen kann. Nicht nur die Verwaltung, nicht nur die Behörden der Stadt Basel wollen das, sondern sie setzen Dinge in Bewegung, die Aufträge freisetzen für unsere Wirtschaft, und die Leute fangen immer mehr an, „grün“ zu denken, und zwar pragmatisch grün. Nicht irgendwie ideologisch weit weg von der Realität, sondern wirklich auf dem Boden. Als Nedim Ulusoy vorhin einen Schnorchel zeigte, dachte ich mir, man hätte auch einen Bikini mitbringen können. Diese Inseln sind nämlich im Moment gerade am Untergehen. Das Wasser steigt, die Felder versalzen, die Leute müssen wegziehen. Da können wir Allschwiler sagen: das ist weit weg. das stimmt. Wir können da, wo wir wohnen, umsetzen, was wir glauben. Das habe ich in der Genossenschaft gemacht. Jetzt läuft das Bauprojekt, damit endlich eine Solaranlage aufs Dach kommt für die 300 Bewohner. Das reicht nicht. Es braucht noch viel mehr solche Sachen. Ich glaube, dass sich das auch ökonomisch lohnt. Und dieses Zeichen möchte ich setzen, diesen Pflock möchte ich

einschlagen. Ich bin unbedingt für Energiestadt. Ich glaube auch, dass das Geld zurückkommt, auch wenn es zuerst einmal eine Ausgabe ist. Wenn sich Umweltschutz rechnen würde, wenn man das Gefühl hätte, man nimmt etwas ein dabei, dann wären, glaube ich, auch alle vom rechten Lager dafür. Ich glaube, wie es Nedim sagte von jenem Herrn Stern, das Geld kommt zurück. Das ist auf jeden Fall eine Investition, die sich auszahlen wird. Vielleicht erleben wir es nicht mehr ganz direkt. Aber unsere Kinder und Grosskinder, die werden es merken. Und wir müssen. Es ist nicht „nice to have“. Im Grunde genommen muss ich sagen: Wir haben keine andere Wahl.

**Gabriela Huschke**, SP/EVP-Fraktion: Vorhin sagte Mathilde Oppliger, das sei nicht messbar. Das ist nicht wahr. Ich habe im Internet eine Kennzahlen-Statistik über die Energiestädte, die es gibt, gefunden. Da wird für das Jahr 2008 dargelegt, was der Nutzen dieser Energiestädte in der Schweiz ist. Es gab im Jahr 2008 insgesamt 175 Energiestädte, die das also einsehen, dass man diese Richtung für unsere Zukunft einschlagen soll. Es gab ausgelöste Investitionen im Jahr 2008 von 55 Millionen Franken. Es gibt 220 neue Arbeitsplätze, die das Label Energiestadt gewissermassen erzeugt. Es gibt eine jährliche Reduktion von Brenn- und Treibstoff von 340 Millionen kWh. Es gibt eine CO<sub>2</sub>-Reduktion von 87'000 Tonnen im Jahr. Und so weiter. Also man hat die Möglichkeit, das auch zu messen. Da hat man jetzt einfach von allen Energiestädten, die es schon gibt, die Zahlen zusammengefasst. Ich finde, es sind eindrückliche Zahlen. Dann wollte ich noch sagen: Ich habe aus den konkreten Massnahmen als Beispiel einmal die Solarenergie herausgegriffen und geschaut, was da an Möglichkeiten vorgeschlagen wird, die eine Gemeinde verwirklichen könnte. Ich finde, es hat gute Sachen darunter. Eines ist zum Beispiel, dass man einen Solar-Check macht, also eine wirklich aktuelle Standortbestimmung. Dann hat es als Schlagwörter: Selbstbau von Solaranlagen. Das finde ich eine witzige Idee. Man könnte da also einen Kurs anbieten in der Gemeinde, in dem interessierte Leute eine Solaranlage bauen könnten. Dann das Thema Solarenergie in der Schule, d.h. Solarenergie wird theoretisch und auch praktisch in den Schulunterricht einbezogen. Das ist jetzt einfach eines von diesen 87 Themen, wo ich finde, wir könnten wunderbar profitieren von den Experten. Da müssen nicht wir, die wir nicht drauskommen, uns die Dinge quasi aus dem Finger saugen. Sondern die geben einem da wirklich eine gute Richtung vor. Und was ich auch gut finde, ist, dass man in den nächsten vier Jahren quasi die zukünftigen Schwerpunkte der kommunalen Politik zusammenhält. Das gefällt mir eben, dass die Experten uns da wirklich die richtige Richtung einzunehmen helfen.

**Jean-Jacques Winter**, SP/EVP-Fraktion: Gerade vorweg: Ich lade euch alle miteinander ein zu einem Anlass der FDP Bottmingen in zwei Wochen genau zu diesem Thema. Ich werde dort sein, und ich hoffe, ein paar von euch auch. Das Thema ist total brisant. Und wenn es heisst, es sei ein Modegag, oder etwas, wo es darum geht „dazugehören“, dann sage ich: Wenn Gemeinden seit zehn Jahren dabei sind, und wenn keine Gemeinde, die das Label hat, froh wäre, sie hätte es nicht mehr – dann ist es kein Modegag. Dann ist da einfach unsere Angst, uns zu verpflichten. Es heisst immer wieder: Selbstverantwortung. Toll. Selbstverantwortung haben wir im Verkehr, wir haben sie im Privatleben, wir haben sie überall. Aber dennoch brauchen wir unsere Ortspolizei. Wir brauchen x andere Sachen auch. Ich denke, es reicht nicht. Und wenn ich von drüben höre, das sei eine Sache des Bundes: Schön. Aber wo ist der Bund? Zum Bund gehöre ich aber auch, übrigens, wenn ihr dazugehört. Es ist eine Sache der Gemeinde. Es ist eine Sache jedes Einzelnen. Jeder von euch, der ein Gewerbe hat oder an einem Gewerbe beteiligt ist, weiss, wie die Auflagen sind. Ich als einzelnes Mitglied dieser Gesellschaft habe diese Auflagen auch, bei allem, was ich tue. Warum soll nicht die Gemeinde einen Deckel darüber geben und sagen: Wow, ich unterstütze und bestätige alle, die sich an diese Sachen halten, um langfristig zu schauen, dass es weitergehen kann. Christoph Benz sagte vorhin etwas: Jeder Einzelne, und sei es nur ein Detail, etwa im Strassenverkehr, ist darauf angewiesen, auch an die anderen zu denken, vor allem an die, die später kommen – wir sagen dem Kinder. „Energiestadt“ ist ein Wort, eine Hülse. Die Gemeinde, die Verwaltung, der Gemeinderat sagt: Wir tun ja etwas, bei punktuellen Sachen das Möglichste. Wir haben ja ein Ziel. – Ja Donnerwetter, wenn wir ein Ziel haben, dann kann man das Ziel doch auch formulieren. Das Ziel heisst gewinnen. An dieses Ziel muss ich glauben. Das ist eine Vision. Und es darf mir nicht zu viel sein, dafür noch etwas zu zahlen und qualifiziert zu sagen: Wow, wir haben unseren Weg, wir können vor der Zukunft stehen, und da steht der Kleine mit Pampers an, und wir können zu ihm sagen: Das haben wir getan für euch, das Möglichste. Und nicht einfach sagen: Der hat's halt nicht gemacht, der ist schuld. Wir gehen zusammen den Weg, wir haben ein Ziel, und der Aufwand, meine Damen und Herren, kann es nicht sein. Übrigens, wie gesagt, FDP, in zwei Wochen. Ich freue mich auf euch.

**Barbara Selinger**, SP/EVP-Fraktion: Ich habe sehr Mühe damit, ähnlich wie Christoph, dass man in diesem Zusammenhang von einem „nice to have“ reden kann. Gerade in den letzten Tagen sah ich einen

---

Bericht über das extrem schnelle Schmelzen der Nordpol-Eiskappen, die immer als ewiges Eis gegolten haben. Ich finde zwar Versprechungen schön, ich glaube gerne daran, wenn man mir etwas verspricht bei zukünftigen Bauvorhaben, aber ich weiss auch, wie oft hier drin diskutiert wurde über einen Franken mehr. Entschuldigung, aber wenn man merkt, man müsste irgendwo noch mehr hineinstecken in Energiesparung oder ins Umweltschonende, dann bezweifle ich, dass man den Mehrkosten zustimmt, wenn man jetzt schon bei diesem Label sagt, es sei zu teuer. Es geht um die Erde. Es geht nicht nur um Allschwil. Es geht um die Erde. Wir tragen einen Teil dazu bei mit diesen paar Franken, sorry. Der Gewinn wäre enorm von dem Geld, das wir hier sprechen würden. Und ich habe wirklich Mühe, dass man von einem „nice to have“ spricht in diesem Zusammenhang.

**Andreas Bitterli**, SP/EVP-Fraktion: Ich arbeite ja in diesem Business, im Moment beim AUE. Ich verdiene mein Geld also auch mit diesem Boom, der da stattfindet. Ich möchte einfach noch ein paar Sachen dazu bemerken. Ich bin eigentlich auch kein Label-Fan, obwohl ich viel „labeln“ muss. Ich kam dann dazu und habe gemerkt: So schlecht ist das gar nicht, auch wenn man es sehr gut hinterfragen kann. Denn es ist für viele Leute ein Anreiz, vielleicht ein bisschen mehr zu tun als man muss. Und da muss ich sagen, wenn ich höre, dass man sagt: Wir machen doch schon viel, und wir sind doch schon gut, dann ist meine Erfahrung eben die – und ich mache zurzeit sehr viele Analysen über diverse Gebäudegrössen, weil das im Moment eben sehr in ist – dann ist es leider so, dass man dann eben doch nur gerade das macht, was der Kanton oder der Bund verlangt (im Moment ist es eher der Kanton). Das ist vielleicht schon einiges, weil wir in einem Kanton leben, der ein relativ gutes Energiegesetz hat – das ist unser Glück im Verhältnis zu anderen in der Schweiz. Aber ich finde es ein bisschen kleinlich, wenn man sich hinter dem „Wir tun ja schon etwas“ versteckt. Aber eigentlich tun wir nichts anderes als das, was der Gesetzgeber verlangt. Ich finde das ein wenig schade, wenn man die Möglichkeit hat, ein bisschen mehr zu tun. Vor allem können wir ja nur wissen, wie gut wir sind und wie gut wir es machen, wenn wir es analysiert haben, das ist einfach so. Man kann noch lang sagen: Wir machen. Aber wenn es niemand analysiert hat, was man tun könnte, und was man tun müsste, dann bleiben wir immer im absolut hypothetischen Bereich und wissen eigentlich gar nie, was man tun könnte. Und dieses „Können“ kann je nachdem, ohne dass man einen Franken mehr in die Hand nehmen muss, wenn man es in der Planung schon richtig einbringt, zu einem absoluten Nullsummenspiel führen. Und wenn man es dann noch auf zehn, zwanzig Jahre anschaut, dann kann sich das sehr wohl auf einer langfristigen Basis rentieren – heute schon und ohne dass man noch die Energiepreissteigerungen hineinrechnet, von denen niemand weiss, wohin sie noch gehen. Also von dieser Seite her empfehle ich sehr stark, auch wenn es vielleicht schwierig wird, dem zu folgen, damit man wenigstens einmal eine Analyse auf dem Tisch hat. Und wenn man die Analyse hat, kann man nämlich immer noch entscheiden. Es zwingt einen dann niemand, dass man auf diesem Label weiterfährt. Man könnte eigentlich jederzeit aussteigen, wenn man sieht, es geht überhaupt nicht. Aber ich finde es ein bisschen einfach zu sagen: Wir tun ja schon etwas – aber eigentlich kann keiner hier drin sagen, was wir wirklich schon tun.

**Jürg Vogt**, FDP/GLP-Fraktion: Ich möchte doch auch noch etwas sagen zu diesem Label-Salat. Ich kann mit allem einverstanden sein, was die Vorredner sagten. Aber ich denke und bin überzeugt, dass wir das ohne dieses Label können.

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Zu meinem Gegenüber: Wenn ihr so redet, wir müssen etwas tun, wir müssen etwas für die Energiestadt tun, dann darf ich euch einmal fragen: Was tut ihr persönlich für die Energiestadt? Streckt mal die Hände auf, wer dort drüben hat alles ein Auto? Verkauft euer Auto, dann habt ihr das Beste getan, den CO<sub>2</sub>-Ausstoss vermindert und alles. Und dann habt ihr doch etwas dafür getan. Und das ist viel, es ist nicht wenig. Wenn zehn Autos weniger in Allschwil fahren, dann ist viel CO<sub>2</sub> weniger da. Macht etwas, das glaubwürdig ist. Denn ich habe Mühe damit, wenn man von Energiestadt-Label redet, und alle haben Karren daheim, die hinten hinauspeffern wie ichweissnichts, das ist für mich nicht glaubwürdig. Tut mir leid.

**Kurt Kneier**, CVP-Fraktion: Ich glaube, jetzt kommen wir in die Phase hinein, wo wir emotional werden. Ich meine, es haben jetzt viele zum Thema geredet; ich denke, es konnte sich jeder seine Meinung bilden. Und damit es nicht eskaliert, stelle ich Antrag auf Abbruch der Diskussion.

**Armin Bieri**, Präsident: Wir stimmen über den Antrag auf Abbruch der Diskussion ab.

**://:**

Der Antrag erreicht nicht das erforderliche 2/3-Mehr (24 Ja, 8 Nein, 5 Enthaltungen)

**Armin Bieri**, Präsident: Die Diskussion geht weiter.

**Jean-Jacques Winter**, SP/EVP-Fraktion: Nur ganz kurz, Herr Zimmermann. Sie haben eine Frage gestellt. Und haben keine Antwort bekommen. Es hat niemand aufgestreckt auf die Frage wegen eines Autos. Ich kann nicht aufstrecken, ich habe keins, um die Antwort zu geben. Und alles andere, was Sie sagen, von wegen „macht doch etwas dort drüben“, war überfällig, obsolet. Da könnte ich auch fragen: Wer von Ihnen lässt daheim das Wasser versickern? Da kann ich auch aufstrecken. Das Haus saniert habe ich auch. Stellen Sie eine konkrete Frage und warten Sie die Antwort ab. Niemand von uns hat aufgestreckt wegen dem Auto, und alles, was Sie vorhin sagten ist à fond perdu. War nix. Danke. Und übrigens: Es ist ein Postulat, das heisst: Gemeinderat, gehe dieser Sache bitte nach. Es ist keine Motion. Es ist eine Denkaufgabe an den Gemeinderat zu sagen: Was steckt dahinter? Ich sage es nochmals gerne: 3. November, Bottmingen.

**Christoph Benz**, SP/EVP-Fraktion: Als einer, der sich für den Vorschlag einsetzt, kann ich schon sagen, was ich tue, privat und im Geschäftlichen. Der Strom, den ich beziehe, ist „Nature made Star“, das ist von Kraftwerken aus der Umgebung oder Wind oder Solar. Im Geschäft und daheim schaue ich, dass ich Sparlampen einsetzen kann, wo es möglich ist, und damit kann man den Verbrauch auf ein Viertel oder auf die Hälfte herabsetzen. Ein Auto besitze ich. Da kann man sagen: Minuspunkt, okay. Er säuft 6,8 Liter. Jetzt ist die Frage: Wie oft fahre ich, und wie viele Kilometer verbrate ich mit dieser Kiste? Und dazu kann ich sagen, dass ich sehr viel mit Velo und Anhänger erledige, damit ich das Auto stehen lassen kann. Man könnte diese Liste jetzt verlängern. Aber ich erspare euch das. Es gäbe noch mehr. Wer es wissen will, kann kommen und fragen.

**Armin Bieri**, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung.

**://:**

Das Postulat wird mit 19 Nein – bei 16 Ja und 2 Enthaltungen – nicht überwiesen.

469 01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 13**

**Postulat von Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, vom 24.03.2009 betreffend Solardächer für Allschwil - Jetzt**

**Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt**

**Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme, Geschäft 3848**

**Andreas Bammatter**, SP/EVP-Fraktion: Wir haben jetzt schon relativ lang über die Haltung des Einwohnerrats bezüglich des Umweltgedankens und der Nachhaltigkeit geredet. Ich denke, es ist eine grundsätzliche Handlungsfrage, die wir da an den Tag legen. Ich möchte mit diesem Postulat dem Gemeinderat auch Gelegenheit geben zu prüfen, was noch möglich ist, und das auch entsprechend zu deklarieren. Ich habe es in der Begründung schon geschrieben. Ich denke, ich muss nicht alles wiederholen. Aber ich meine, man sollte eine proaktive Information und einen Hinweis an die Bevölkerung geben, in welche Richtung man denkt. Lehrstellenförderung Solateur: Das ist ein neuer Beruf, der aufbaut auf der Grundausbildung Heizung/Sanitär/Installateur. Dort könnte man sagen, wir wollen das, wir fördern das. Dann finanzielle Anreize, wie das zum Beispiel Basel-Stadt macht zum Beispiel mit einer Einspeisevergütung. Das muss ja nicht gerade kostendeckend sein. Aber es kann ein Hinweis sein: Wir wollen das, wir fördern das. Dann haben wir auch Wirtschaftsförderung. Ich darf doch daran erinnern, für die, die es nicht wissen – der Gemeinderat wird es ganz bestimmt wissen, weil er ja

---

Wirtschaftsförderung macht und auch sehr eng mit der Wirtschaft Zusammenarbeit – da ist die Tritec, eine berühmte Solarfirma, die bei uns in Allschwil ihren Sitz hat. Und die, die das nachschauen wollen, werde auch sehen, dass diese Firma das Stade de Suisse – das ist das Fussballstadion in Bern – mit Solaranlagen bedecken durfte. Das ist also nicht eine Wurst-und-Brot-Firma, sondern eine grössere Sache, und die ist bei uns in Allschwil. Also warum sollte man nicht auch schauen, dass man die noch fördert, indem man unserer Bevölkerung mit kleinen, aber verbindlichen und öffentlichen Anreizen zeigt, welche Haltung wir diesbezüglich haben. Das ist ein politisches Signal, meine Damen und Herren. Es geht nicht um einen Franken und einen Rappen, und es geht nicht um Subventionen in Millionenhöhe, sondern es geht um ein sichtbares Zeichen. Das Gleiche wäre es mit dem Label gewesen: Das wäre ein sichtbares Zeichen gewesen. Und alles, von dem man sagt, wir tun es sowieso, das trägt dem nicht genug Wertschätzung. Denn wir sehen ja – und alle, die hier sind, haben wahrscheinlich einen Fernseher – wir leben von der Werbung. Und Werbung heisst, den Leuten die Dinge vor Augen zu führen. Und wir sollten Werbung dafür machen, dass wir unsere Umwelt besser schützen. Denn die anderen tun es auch, und die behaupten das Gleiche und gehen in die andere Richtung. Ich bitte somit, überweist dieses Postulat. Gebt dem Gemeinderat Gelegenheit zu zeigen, was er wirklich tut und was für Anreize möglich wären.

**Gemeinderat Robert Vogt**, Vorsteher Departement Tiefbau – Umwelt: Es geht mir darum, mein Verständnis zu äussern für dieses Postulat. Grundsätzlich ist es sehr erfreulich, dass man sich für Solardächer einsetzt, und ich hoffe, dass wir auch bald sehr viel mehr davon in Allschwil bauen können. Aber – das hat die Diskussion im Gemeinderat gezeigt, und das ist eben der heikle Punkt an diesem Postulat – wir möchten nicht Anreize finanzieller Art geben in der Gemeinde, mit denen wir wieder zu grossen Verpflichtungen gebunden werden. Wir möchten viel lieber die Freiheit behalten und die heutigen Mittel einsetzen, die wir haben. Und da möchte ich einfach erwähnen, dass wir ja im Allschwiler Blättli regelmässig unsere Tipps zu Umweltmassnahmen publizieren. Zum Zweiten haben wir die offizielle EBM-Energieberatung, an die sich jeder Hausbesitzer, Mieter etc. wenden und Tipps einholen kann. Drittens gibt es bereits heute Allschwiler Installateure, die problemlos solche Anlagen installieren. Du hast nur einen Namen genannt, aber es gibt vom Kanton eine ganze Liste von qualifizierten Installateuren, die solche Sachen installieren. Zudem gibt es kantonale Förderbeiträge, also echt Geld zurück, wenn man entsprechende Solardächer baut. Das könnten auch wir von der Gemeinde abholen, nicht nur die Bevölkerung. Zudem gibt es auch noch eine kostendeckende Vergütung von der Elektrizitätsgesellschaft Swissgrid. Das heisst, wenn jemand eine Solaranlage für Stromerzeugung bauen möchte, kann er sich dort anmelden für eine entsprechende kostendeckende Vergütung. Und deswegen ist der Gemeinderat sicher, dass wir kein solches Programm zusätzlich starten möchten. Wir möchten bei unseren Leisten bleiben und unsere Aktionen durchführen, und zwar regelmässig, kontinuierlich, langfristig.

**Rolf Adam**, CVP-Fraktion: Wir von der CVP-Fraktion finden, dass es nicht unbedingt der Auftrag der Gemeinde ist, unsere Einwohner mit Solardächern zu versorgen. Wir sind der Meinung, das sollte in der eigenen Verantwortung jedes Einzelnen sein. Ausserdem ist die Anschaffung von solchen Solardächern auch nicht wirklich günstig. Man kann auch auf anderem Weg Energie sparen, indem man vielleicht isolierende Fenster montiert oder beim Ersetzen der Heizung auf eine ökonomische Heizung umsteigt. Was vielleicht auch noch zu beachten ist: Dass die Solardächer bis heute noch nicht ganz fertig sind in der Entwicklungstechnik. Es wird heute schon von Neuentwicklungen gesprochen mit Dünnschicht-Technologie, die eine grössere Leistungskraft garantieren sollte. Im Weiteren ist vielleicht auch zu beachten, dass der Solarstrom im Moment achtmal teurer ist als der Strom aus Wasserkraft. Der Preis setzt sich zusammen aus hohen Herstellungskosten und ungenügender Wirkungskraft von Siliziumzellen. Von dem her denke ich, lohnt sich momentan die Anschaffung von solchen Solarzellen sowieso nicht, weil sie immer noch in der Entwicklungsphase sind und es noch nicht hundertprozentig ausgeschöpft ist.

**Andreas Bammatter**, SP/EVP-Fraktion: Was da gesagt wurde, mag heute stimmen, dem möchte ich nicht widersprechen. Aber wir müssen in die Zukunft denken, Wir dürfen nicht immer nur im Jetzt und Ist denken, sondern in die Zukunft denken. Wir verursachen auch Kosten, bzw. Sekundärkosten, wenn wir nicht Sorge tragen. Und wenn der Solarstrom jetzt noch teurer ist, dann hat das seinen Grund auch darin, dass der Konsum noch relativ klein ist. Und wenn man den fördern könnte, dann würde sich der Preis entsprechen anpassen. Das weiss man von anderen Technologien, die kamen. Zudem wiederhole ich nochmals: Es ist eine Haltungsfrage. man muss ein politisches Signal aussenden. Von dem her würde ich es sehr begrüssen, wenn man sagen würde, jawohl, wir stehen dazu, und wenn man das auch öffentlich machen würde, indem man nämlich Anreize prüft und die nochmals kundtut. Ich bitte nochmals, das Postulat zu überweisen.

**Barbara Selinger**, SP/EVP-Fraktion: Es steht da nicht, dass Allschwil Solarzellen kaufen soll, sondern es geht lediglich darum, dass Allschwil es vielleicht einmal erleichtern würde, vielleicht Info-Material herausgeben würde – so verstehe ich das Postulat – an solche Leute, die kein Internet haben. Es gibt immer noch Hausbesitzer, die mit dem Internet nicht zu Schlage kommen. Als moderne, aufgeschlossene, attraktive – und was weiss ich, wie sich Allschwil noch nennt – Gemeinde, die ja auch immer ihre Zukunftsperspektiven sehr schön ausarbeitet, da wäre das eben auch etwas, das dazugehört: Was kann man machen, um die Sonnenenergie sinnvoll zu nutzen. „Anreize zu prüfen, welche für den Bau von Solardächern förderlich sind“ – das bedeutet nicht Kauf oder schon wieder Geld sprechen, Entschuldigung.

**Christoph Benz**, SP/EVP-Fraktion: Vieles von dem, was ich sagen wollte, hat Barbara Selinger schon gesagt. Ich sehe da ein Postulat, das heisst, „der Gemeinderat soll prüfen“. Wenn der Gemeinderat jetzt sagt, wir möchten kein Geld in die Hand nehmen, wir möchten keine Solaranlagen bauen, dann ist das doch in Ordnung. Der Gemeinderat muss ja nur prüfen, wo er die Bevölkerung dazu bringen kann, dass sie anfängt, diese Dinge einzusetzen. Noch zu dem, was Rolf Adam sagte: Ja, es ist, glaube ich, so, dass die Dünnschicht-Siliziumzellen besser sind als die dicken. Es ist bei jeder Technologie so, dass zuerst eine gewisse Menge gekauft werden muss, bis der Preis sinkt – ob das nun ein Medikament oder ein Motor ist. Das ist zwar ein wichtiger Diskussionspunkt, hat aber mit dem Postulat selber nichts zu tun. Ich sehe keinen Grund, warum man es nicht annehmen sollte.

**Armin Bieri**, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung.

**://:**

Das Postulat wird mit 18 Ja – bei 17 Nein und 2 Enthaltungen – überwiesen.

**Armin Bieri**, Präsident: Wir machen noch einen kurzen Endsprint, dann schaffen wir wirklich die Traktandenliste.

470 01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 14**

**Motion von Susanne Studer, vom 13.09.2009 betreffend**

**Schliessung der Wahllokale am Samstag**

**Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme**

**Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff, Geschäft 3882**

---

**Josua Studer**, parteilos: Es ist schön, dass der Gemeinderat bereit ist, die zwei Geschäfte entgegenzunehmen. Die Vorstösse sind durchdacht. Meine Frau hat sie auch mit den Mitgliedern des Wahlbüros angeschaut. Sie hat auch dem Gemeinderat eine detaillierte Zusammenstellung gegeben, wie die Wahllokale besucht wurden. Und es zeigt sich ganz klar, dass am Samstagabend kein wirklicher Bedarf besteht. Das betrifft das erste Postulat. Beim zweiten geht es um den Sonntag. Der Kanton möchte einfach die Ergebnisse früher haben, und sehr viele Gemeinden schliessen bedeutend früher als Allschwil. Es gibt solche, die schon um 11 Uhr schliessen. Dadurch haben natürlich die Wahlbüros auch die Möglichkeit, schneller vorwärts zu kommen. Es ist so, dass das Wahlbüro jeweils noch auf die Wahllokale warten muss. Sie sind fertig mit der Auswertung der brieflichen Stimmen. Aber sie müssen noch warten auf die Zettel von den Wahllokalen, und deshalb verzögert sich alles. Mit der Schliessung mindestens eine halbe Stunde früher kann man etwas bewirken, und es wird niemand eingeschränkt beim Kirchengang, denn die Kirche wäre immer noch vor der Schliessung beendet. Es reicht also. Wenn man nicht in das Kirchencafé geht, kann man noch abstimmen. Von dem her ist es sehr empfehlenswert, diese zwei Motionen zu überweisen.

---

**Gemeinderat Thomas Pfaff**, Vorsteher Departement Einwohnerdienste – Sicherheit: Gestatten Sie, dass ich, weil das Thema ähnlich ist, schnell zu beiden Motionen den Überblick gebe, bevor ich dann auf die erste konkret eingehe. Ich möchte noch schnell die gesetzlichen Grundlagen aufzeigen. Sie sehen in § 5 Ziff. 2, dass wir eine Vorgabe haben. Die heisst, dass wir am Wahltag – also am Sonntag – wenigstens eine Stunde offen haben müssen. Das betrifft dann die zweite Motion. Dann sehen Sie in Ziff. 3: Was Sie da wünschen, steht in der Kompetenz des Gemeinderates. Und dann gibt es dort noch eine Bestimmung, dass wir am Sonntag spätestens um 12 Uhr schliessen müssen.

Vom § 7 habe ich Ihnen hier die Ziff. 2 publiziert, denn dort ist noch geregelt, was ja noch nicht so lange gilt, dass man am Samstag noch bis 17 Uhr schriftlich abstimmen und wählen kann. Und damit komme ich jetzt zur ersten Motion. Mit dieser Änderung, dass man am Samstag noch bis 17 Uhr schriftlich abstimmen und wählen kann, kann man diese Öffnungszeit am Samstag durchaus in Frage stellen. Wenn man dann sieht, wie das Verhalten derjenigen ist, die diese Gelegenheit nutzen und an die Urne kommen und noch persönlich ihr Stimmkuvert abgeben wollen, dann habe ich dazu das Beispiel der Mai-Abstimmung. Damals sind am Samstag am Lettenweg 38 Personen erschienen, im Wahllokal Neuallschwil 25 und im Wahllokal Bettenacker waren es 26. Das sind jeweils ca. 20 Prozent derer, die diese Möglichkeit überhaupt noch nutzen. Die anderen 80 Prozent sind die, die dann am Sonntag gehen. Da stellt sich natürlich schon die Frage, ob man für diese kleine Anzahl von Personen diesen Service bietet, wenn sie doch die Möglichkeit hätten, anstatt ins Wahllokal zu laufen, zum nächsten Gemeindebriefkasten zu gehen. Von dem her ist der Gemeinderat bereit, diese Motion entgegenzunehmen. Jedoch – und da bitte ich um Folie 2 – muss ich präzisieren: Der Gemeinderat ist bereit, die Motion als Postulat entgegenzunehmen. In diesem Zusammenhang möchte ich Sie an Ihr Geschäftsreglement erinnern. Den passenden Passus finden Sie in § 39 Ziff. 2 b): Sachen, die in gemeinderätlicher Kompetenz stehen, gilt es als Postulat zu überweisen. Der Gemeinderat ist also bereit, die Motion als Postulat entgegenzunehmen, und wir sind gerne bereit, gestützt auch auf Ihre Voten von heute, das Anliegen zu prüfen und dann die Öffnungszeiten am Samstag anzupassen, bzw. sogar komplett aufzuheben.

**Armin Bieri**, Präsident: Ich gebe das Wort zurück an den Vertreter der Motionärin zur Stellungnahme auf das Angebot des Gemeinderates.

**Josua Studer**, parteilos: Selbstverständlich ist es richtig, wie es Gemeinderat Pfaff sagte. Der Vorstoss muss als Postulat überwiesen werden.

**Armin Bieri**, Präsident: Damit wir eine Diskussion abhalten können, braucht es einen Gegenantrag.

**Giulio Vögelin**, SP/EVP-Fraktion: Ich stelle den geforderten Gegenantrag. Ich möchte gern darüber reden. Und mein Gegenvorschlag ist, dass dies ein Thema ist, das wir meiner Meinung nach hier gar nicht diskutieren sollten. Ich möchte als Vorschlag formulieren, es soll abgewiesen werden. Ich gebe gerade eine Begründung dazu, wenn ich darf. Wirtschaftsaspekte, Konsumgüter werden noch und nöcher ausgeweitet. Abends geht man bis 8 Uhr einkaufen. Jetzt kommt dann Weihnachten, diese besinnliche Kauforgien-Rauschzeit, wo wir auch am Sonntag einkaufen gehen. und da, wo es um unsere grundsätzlichen gesellschaftlichen und politischen Aspekte geht, nämlich der Bevölkerung zu mehreren Zeiten Gelegenheit zum Wählen und Abstimmen zu geben – auch wenn es nur wenige sind, wenn es nur eine Minderheit, eine verschwindende Minderheit ist – so dünkt mich, dass das ein absolutes A und O unserer Demokratie ist.

**Rolf Adam**, CVP-Fraktion: Ich habe mir lange überlegt, ob das eine gute Idee ist mit der Schliessung des Wahllokals am Samstagabend. Aber mir ist aufgefallen, dass öfters auch wieder jüngere Personen – sowie auch am Sonntagvormittag – zum Abstimmen und Wählen kommen. Viele Leute sagen auch, sie seien froh, dass wir das Wahllokal noch haben, weil sie einfach vergessen haben, das Wahlkuvert in den Briefkasten zu werfen. Bei anderen Personen ist es eine Tradition, zur Abstimmung ins Wahllokal zu gehen. Ich bin auch überzeugt, dass diese 2'000 Franken keine wirkliche Steuerersparnis darstellen, und die Gemeinde wird auch nicht reicher und nicht ärmer. Es werden dann einfach an einer anderen Ecke diese 2'000 Franken hinausgeworfen. Die CVP-Fraktion lehnt diese Motion/Postulat ab.

---

**Hans-Peter Tschui**, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion hat es sehr kontrovers diskutiert. Wir sind zum Schluss gekommen, dass das wirtschaftliche Kriterium eine absolut unbedeutende Rolle spielt. Wenn man landauf und landab fährt, stehen an Abstimmungswochenenden überall Tafeln „Dieses Wochenende Abstimmung“ – ein Appell an die demokratischen Rechte. Wir sind daher der Meinung, dass an den Öffnungszeiten der Wahllokale nichts geändert werden soll.

**Josua Studer**, parteilos: Ich bin jetzt schon etwas erstaunt über solche Voten. Es ist schon so: „Dieses Wochenende Abstimmung“, ja. Aber es steht nicht: „Jetzt ins Wahllokal gehen“. Es ist interessant, dass man ja ganz klar Zahlen sieht, wonach es am Samstag fast gar nicht genutzt wird, und wenn man den Sonntag zusammennimmt im Vergleich zu der brieflichen Abstimmung, dann ist die Beteiligung in den Wahllokalen eigentlich auch verschwindend klein. Das ist jetzt einfach schön, so ein bisschen historisch, wir haben das, und so. Klar. Am Sonntag müssen wir mindestens ein Wahllokal offen haben vom Kanton her, das steht in den politischen Rechten drin. Die Gemeinde selber hat sich festgelegt, dass sie jetzt zurzeit drei hat gemäss Gemeindeordnung. Es ist aber auch das zu sagen: Basel-Stadt gibt die Resultate schon bekannt, bevor die Urnen ausgewertet sind, weil allmählich 95 oder 98 Prozent nur noch brieflich abstimmen. Von dem her gibt es wirklich keinen grossen Sinn. Nun bringe ich euch aber noch ein Beispiel. Es hiess da, von wegen 2'000 Franken einsparen – klar, es geht nicht nur darum. Ich nenne euch jetzt folgende Situation: Es ist im Wahlbüro festgehalten, dass sie – also die, die nicht in den Wahllokalen beschäftigt sind – eigentlich nur am Sonntag arbeiten. Ausser bei Wahlen, wo man Striche machen muss, wo es viele Möglichkeiten und wo es viel auszuwerten gibt, oder wenn es viele Abstimmungsvorlagen hat. Und nun gerade beim nächsten Abstimmungswochenende im November wird am Samstagabend mit gewissen Arbeiten begonnen; und meine Frau hat jetzt bereits Schwierigkeiten, Leute zu rekrutieren, die bereit sind, am Samstagabend zu kommen, weil sie anderes vorhaben. Und die Personen, die sich zum Helfen bereit erklärt haben, sind ausgerechnet die, die in den Wahllokalen arbeiten. Die haben sich bereit erklärt, anschliessen, nach 8 Uhr, wenn das Lokal schliesst, zu helfen. Es ist einfach schade, wenn man diese sechs Personen blockiert. Die könnten nämlich ganz gut ab 6 Uhr im Wahlbüro arbeiten, zum Schlitzen, etc., was eben so anfällt. Ich finde es einfach komisch, dass man für die paar *Schnäuz*, sage ich jetzt, einfach eine Kultur hochhalten will. Aber nun denn. Im Wahlbüro selber sind die Mitglieder sehr angetan von diesem Vorstoss. Ich mag mich zurückerinnern: Als es anfangs der Legislatur um die Besetzung des Wahlbüros ging, da stellte ich den Antrag, dass eine Person nicht gewählt werden sollte. Das Wahlbüro war glücklich darüber, aber hier drin hatte es eine Menge Leute, die dem Wahlbüro einfach diese Person aufzwingen wollten. Es ist einfach schade, dass wir hier drin über diejenigen bestimmen, die arbeiten müssen.

**Franziska Pausa**, SP/EVP-Fraktion: Ich bin eine von denen, die seit fünf Jahren im Wahllokal Neuallschwil sind. Ich weiss also wirklich aus erster Hand, wie das am Samstag und am Sonntag ist. Grundsätzlich muss ich vorausschicken, dass es schade ist – und das habe ich Susanne Studer gesagt – dass sie nicht vorgängig mit uns geredet und diesen Vorstoss abgesprochen hat. Wir hatten das Problem immer wieder diskutiert und gesagt, wir sollten das zusammen angehen. Nun habe ich vermutet, dass es genau zu dieser Diskussion kommt. Und das ist schade. Denn an und für sich ist es richtig, was sie getan hat. Wir reden jetzt noch vom Samstag. Da denke ich: Wenn man bis um 17 Uhr noch Briefe einwerfen kann und es dann immer noch nicht gepackt hat – dann ist einfach mal fertig. Und ich glaube, die Abstimmung im Mai, das war geradezu ein Fall, wo sogar noch relativ viele Leute kamen. Bei mir liegt der Schnitt so etwa bei 25, gelegentlich sind es auch etwas mehr. Aber es sind sehr wenige im Verhältnis zu allen, die stimmen. Das Finanzielle, das finde ich auch, müssen wir nicht diskutieren. Aber zum Beispiel bei uns in Neuallschwil darf die Musikschule am Samstagabend nicht ins alte Schulhaus, wenn Abstimmung ist. Da ist das Schulhaus also blockiert – für in etwa 25 Leute, die allenfalls am Sonntag noch vorbeikommen könnten.

Das andere betrifft dann den Sonntag; ich sage es trotzdem jetzt schon: Ich finde, wenn man am Samstag schliesst – und ich finde, das kann man wirklich – dann, finde ich, müssen aber die Leute am Sonntag mindestens während zwei Stunden Gelegenheit haben, sich doch noch dort einzufinden.

**Giulio Vögelin**, SP/EVP-Fraktion: Zeit ist Geld. Für mich persönlich ist das Argument von Einsparungen in diesem Zusammenhang nicht relevant. Für mich persönlich ist dies das Argument: Basel publiziert die Ergebnisse quasi schon, bevor sie sie überhaupt haben, und das ist ja ein genereller Trend in unserer heutigen Zeit: Hektik, Hektik, Hektik, gehauen oder gestochen, wir sind die Schnellsten, wir sind die Besten, wir wissen schon Bescheid, ehe die Leute etwas dazu gesagt haben. Das ist meine Grundhaltung, und das gilt für beide Postulate, die wir gerade beraten

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Ich möchte kurz etwas sagen bezüglich der Leute, die blockiert werden, am Samstagabend zu helfen. Wir haben genau zwei Schlitzmaschinen. Und an diesem Samstagabend dürfen wir von Gesetzes wegen nichts anderes tun, als diese Kuverts aufschlitzen. Und um Kuverts aufzuschlitzen mit zwei Schlitzmaschinen, brauchen wir nicht 15 Leute. Da reichen vier.

**Josua Studer**, parteilos: Da haut's doch den Deckel weg: *Saich verzelle*, ohne dass man drauskommt, *e grossi Lafere führe* – okay. Ich bitte dich, Florian Spiegel, du als Mitglied des Wahlbüros solltest orientiert sein, welche die neuen Bestimmungen sind. Das wurde euch kommuniziert von Susanne Studer, und es stand auch in den Medien. Es ist eine Riesensache, und SVP-intern ist es nämlich noch grösser, weil ja der Herr aus Binningen eine Initiative gegen den rechtsgültigen Beschluss der Landeskantonalverwaltung lancieren möchte. Ihr dürft Kuverts öffnen, ihr dürft diese Kuverts auspacken, ihr dürft die Stimmzettel markieren, ihr dürft sie bündeln, ihr dürft sie in die Kisten verpacken. Ihr dürft eines nicht: auszählen. Das heisst also, der grösste Teil der Arbeit darf bereits am Samstag gemacht werden. So viel dazu. – Zum anderen, dass ihr überrascht seid, dass Susanne nicht mit euch über die Interpellation gesprochen hat: Dazu ist erst einmal zu sagen, das Wahlbüro, bestehend aus 21 Mitgliedern, hat einen Ausschuss, der aus drei Mitgliedern besteht – der Präsidentin, einer Vizepräsidentin und einem Vizepräsidenten. Diese drei bilden den so genannten Vorstand, der Entscheidungen trifft. Das Thema wurde dort in einer Sitzung besprochen, und es wurde dann, bevor die beiden Vorstösse eingereicht wurden, auch im Wahlbüro kommuniziert. Die Leute, die es wissen wollten, konnten es wissen. Aber das sind Details. Aber es erstaunt mich schon, was das jetzt für Wellen schlägt. Das ist ja ein halber Tsunami.

**Jürg Gass**, SP/EVP-Fraktion: Nur ganz kurz. Bezüglich Samstag gehe ich mit Franziska Pausa einig, darüber will ich gar nicht reden. Dann komme ich noch schnell zum Sonntag. Da sagen viele: Jetzt habe ich es doch noch vergessen, im allerletzten Moment habe ich vergessen abzustimmen. Nun sieht man aber die Öffnungszeiten. Es heisst immer, wir müssen früh fertig sein. In diesem Reglement steht nirgends, wann die Wahllokale geöffnet sein müssen. Warum öffnet ihr sie nicht von 8 bis 10 Uhr? Wenn schönes Wetter ist, können die Leute früher zu abstimmen gehen und haben dann den ganzen Tag noch für sich – ich rede von der Bevölkerung – und wir wären früh fertig. Die, die in die Kirche gehen wollen, müssen die Abstimmungsunterlagen nicht mitnehmen, die sind alle geputzt und gestrahlt und haben keine Hektik nach der Kirche. Da wäre alles vorher erledigt. Warum 10 bis 12 Uhr? Das steht nirgends geschrieben. Macht doch früher auf, der Tag ist frei und die Sache ist geritzt.

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Als erstes ist einmal zu sagen zu deiner Einleitung, Josua Studer: Mit denen, die von uns dort drin sassen, wurde nicht eine Silbe gewechselt bezüglich dieser Postulate und so weiter, und welche die Absichten sind. Das Zweite ist: Man kann die 2'000 Franken, die da gesprochen werden, zum Teil auch bei personellen Planungen einsparen. Denn bei der letzten Abstimmung hatten wir ziemlich viele zusätzlich im Einsatz, die es nicht gebraucht hätte. Dann ist noch zu sagen: Das Schlitzen ist nicht die grösste, sondern die kleinste Arbeit. Die grösste Arbeit kommt nachher, diese 50er-Stapel zu machen und auszuzählen. [Zuruf] Nein, das darfst du nicht machen. Laut Gesetz darfst du am Samstag nicht auszählen, erst am Sonntag. Die grösste Arbeit ist nun einmal das Auszählen und nicht das Beigeln, Herrgott! Ich sehe einfach den Sinn dahinter nicht, warum man das alles abkürzen soll und so. Wenn ich noch etwas erwähnen darf: In der letzten Legislatur ging häufig mit nach Liestal, bei gewissen Abstimmungen, wo man die Unterlagen in Liestal abgeben musste. Und da hiess es zuerst immer am Telefon: Ihr seid die Letzten. Als wir aber in Liestal auf der Landeskantonalverwaltung eintrafen, waren wir die zweiten, die abgaben. Dabei sind wir die grösste Gemeinde. Massgebend war, was dort oben fertig im Päckchen auf dem Tisch lag, und nicht das, was vorher telefonisch durchgegeben wurde. Wir waren immer unter den ersten fünf, die in Liestal waren. Man muss also nicht mit der Argumentation kommen, wir seien zu langsam. Die in Liestal hätten einfach gern fünf nach zwölf von allen Gemeinden schon die Resultate. Aber dass die letzten Resultate aus dem Kanton erst abends um 5 oder halb 6 Uhr eintreffen, davon redet niemand. Wir sind immer weit früher. Also ich sehe da keine Hektik, so dass man das Ganze zurechtstauchen müsste.

**Jean-Jacques Winter**, SP/EVP-Fraktion: Ich darf nur einen Satz sagen, habe ich gerade oben gesehen. Es ist ein Recht, abstimmen und wählen zu gehen. Und es ist eine traditionelle Sache. Darum bin ich der Meinung: Daran wird nichts geändert. Es gibt Leute, die daran hängen. Und wenn ins Bettenacker 26 „*Schnäuz*“ gehen, dann hat einer davon einen Bart.

---

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Nur ganz kurz: Ich gehöre auch zu denen, die ganz gern persönlich zum Abstimmen gehen und das nicht brieflich tun. Und ich stehe auch dazu, dass ich am Sonntagmorgen vielleicht nicht der Allerschnellste in der Gemeinde bin; und darum bin ich froh, dass das Wahllokal bis um 12 Uhr offen hat.

**Armin Bieri**, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung. Wer das jetzige Postulat überweisen möchte, soll das mit der Karte...[Zuruf Josua Studer] Wir sind jetzt beim Samstag, und beides sind Postulate. Thomas Pfaff hat es vorhin erklärt, du hast es akzeptiert. [erneuter Zuruf Josua Studer] Es ist fertig. Wir stimmen jetzt ab.

**Josua Studer**, parteilos: Gemeinderat Pfaff hat ja mit seiner Anmerkung, es müsse ein Postulat sein, bestimmt dasjenige gemeint, das den Sonntag betrifft, und nicht das, das den Samstag betrifft.

**Armin Bieri**, Präsident: Nein, es geht ganz klar um beide, Samstag und Sonntag. Wir stimmen jetzt über das Traktandum 14 ab. Wer das Postulat betreffend Samstag überweisen möchte, soll jetzt die Karte erheben.

**://:**

Das Postulat wird mit 20 Nein – bei 12 Ja und 5 Enthaltungen – nicht überwiesen.

471 01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 15**

**Motion von Susanne Studer, vom 13.09.2009 betreffend**

**Schliessungszeit der Wahllokale am Sonntag**

**Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme**

**Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff, Geschäft 3883**

---

**Armin Bieri**, Präsident: Trotz vorgerückter Zeit möchte ich jetzt das letzte, das 15. Traktandum auch noch behandeln. Die Diskussion ist mehr oder weniger schon gelaufen. Der Gemeinderat möchte das entgegennehmen. Wenn wir diskutieren wollen, braucht es einen Gegenantrag.

**Jean-Jacques Winter**, SP/EVP-Fraktion: Ich stelle Gegenantrag, ja, auf Nichtüberweisung.

**Armin Bieri**, Präsident: Ist noch Diskussion erwünscht, oder können wir gerade zur Abstimmung gehen?

**Gemeinderat Thomas Pfaff**, Vorsteher Departement Einwohnerdienste – Sicherheit: Trotz vorgerückter Zeit gestatte ich mir, mich noch schnell zu äussern. Herrn Studer kann ich noch schnell bestätigen: Selbstverständlich gilt das für beide Öffnungszeiten, ob Samstag oder Sonntag. Sie stehen in gemeinderätlicher Kompetenz, und von dem her kann der Gemeinderat die Zeiten jederzeit ändern, erweitern, oder wie auch immer. Aber selbstverständlich ist Ihr Wille uns Befehl, und wir werden entsprechend agieren.

Zur Motion, die wir bereit sind, als Postulat entgegenzunehmen, betreffend Sonntag: Ja, andere Gemeinden schliessen schon um 11 Uhr, andere schliessen um 11.30 Uhr. Das Gesetz, ich habe es Ihnen gezeigt, lässt zu, dass man bis 12 Uhr öffnen kann. Und da ist die Fragestellung: Auf welche Bedürfnisse nimmt man Rücksicht? Nimmt man Rücksicht auf die Bedürfnisse der Wahlbüropräsidentin, die nicht gern ein Telefon aus Liestal hat? Oder nehmen wir Rücksicht auf das Bedürfnis, das die Bevölkerung hat, so wie es Jürg Gass postuliert hat, der lieber von 8 bis 10 Uhr käme? Oder geht es um die Bedürfnisse des Wahlbüro-Personals, das gerne früher fertig wäre, um mit der Familie zu Mittag essen zu können? – Ich denke, wir sollten uns auf die Bevölkerung und auf das Wahlpersonal ausrichten und nicht auf Liestal, das einfach einen Rekord brechen möchte gegenüber anderen Kantonen. In diesem

---

Sinne ist der Gemeinderat bereit, das als Postulat entgegenzunehmen und das Anliegen gemäss Ihren Voten zu prüfen, und gegebenenfalls die Öffnungszeiten anzupassen.

**Armin Bieri**, Präsident: Ist noch Diskussion erwünscht, oder können wir direkt zur Abstimmung gehen? – Wir stimmen ab.

**://:**

Die Überweisung des Postulats wird grossmehrheitlich abgelehnt.

ENDE DER SITZUNG